35. Jahrestag des Nazi-Massakers von Oradour Seite 3

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 25 vom 22. Juni 1979 13. Jahrgang 1 DM

40 000 gegen NPD-Faschisten

CDU-Wallmann verbot DGB-Demonstration!

Mit Transparenten und zum Teil unter roten Fahnen demonstrierten am vergangenen Samstag um die 40 000 Antifaschisten durch Frankfurt und protestierten gegen das provokatorische „Deutschland-Treffen" der NPD-Faschisten.

Diese Demonstration, zu der der DGB aufgerufen hatte, fand statt, obwohl sie am Vorabend auf Antrag des Frankfurter Oberbürgermeisters Wallmann (CDU) verboten worden war.

Nachdem Wallmann sich bis zum Freitag, trotz zahlreicher Proteste, hartnäckig geweigert hatte, das faschistische NPD-Treffen zu verbieten, beantragte er plötzlich ein Kundgebungs- und Demonstrationsverbot gegen NPD und DGB gleichermaßen. Abgesehen davon, daß so in unerhörter Weise die DGB-Gewerkschaften, in denen über sieben Millionen Werktätige organisiert sind, mit der faschistischen NPD auf eine Stufe gestellt werden, ist damit zum ersten Mal seit langer Zeit überhaupt eine Demonstration der Gewerkschaften verboten worden! Schon einmal, vor 1933, war das Demonstrationsverbot für die Organisationen der Arbeiterklasse, insbesondere auch für die Gewerkschaften, das Kennzeichen einer Entwicklung, die in der offenen Errichtung der faschistischen Diktatur endete.

Auch heute sind wir schon wieder so weit, daß nicht nur den Kommunisten die Grundrechte genommen werden, sondern daß man sogar den Gewerkschaften verbietet, gegen das Erstarken der Neonazis aufzutreten. Das bestätigt, wie auch schon das Hervortreten von Carstens, Strauß und Co., daß die herrschende Klasse in unserem Land, angesichts der auf sie zukommenden Krise, die Faschisierung verschärft, um ihrem Ziel, der Errichtung der faschistischen Diktatur und der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, näherzukommen.

Dieser Entwicklung gilt es entgegenzutreten. Breite Zustimmung bei den 40 000 Demonstranten fanden deshalb auch Gewerkschaftssprecher, die das Verbot der antifaschistischen Kundgebung als Provokation der Gewerkschaftsbewegung bezeichneten und den sofortigen Rücktritt von Wallmann verlangten.

Alle antifaschistischen Kräfte bleiben aufgefordert, durch Resolutionen und Protestaktionen in den verschiedenen Massenorganisationen gegen das Demonstrationsverbot gegen Gewerkschafter Stellung zu nehmen und dadurch zu bekunden, daß die Werktätigen in unserem Land kein zweites '33 zulassen werden.

(Weitere Berichte aus Frankfurt siehe Seite 7).



Somoza bombardiert Viertel der Werktätigen

In der letzten Woche ist die faschistische Somoza-Diktatur in Nikaragua dazu übergegangen, selbst die Wohnviertel der Werktätigen in den Städten zu bombardieren. Die stürzenden Ausbeuterklassen und ihre Oberhäupter suchen alles Leben mit sich in den Abgrund zu ziehen, nichts als Leichen und verbrannte Erde zu hinterlassen.

Vor dem Terror der Bomben fliehen die Menschen zu Tausenden aus den Städten.

Angesichts des Ansturms der revolutionären Kämpfer und des zunehmenden Volkswiderstands zeigen sich in der faschistischen Nationalgarde des Diktators Somoza bereits Auflösungserscheinungen.

Von der kämpfenden Bevölkerung unterstützt, hat die Sandinistische Befreiungsfront in der letzten Woche weitere Erfolge erzielt. Sie kontrollierte Anfang letzter Woche bereits 25 Städte und Ortschaften, darunter die zweitgrößte Stadt Nikaraguas, Leon. Im Süden des Landes, an der Grenze zu Costa Rica, hatte sie bereits ein 100 Quadratkilometer großes Gebiet befreit. In der Stadt Matagalpa eroberten die Guerillas das Hauptquartier der Nationalgarde. Ende letzter Woche war bereits die Hälfte der Hauptstadt in den Händen der Freiheitskämpfer.

Die Preislawine rollt — Kollegen in Großbetrieben fordern: Ein Nachschlag muß her!

Noch nie in den 70er Jahren waren die Tarifabschlüsse so niedrig wie in diesem Frühjahr. Dafür wurden uns stabile Preise versprochen. Jetzt haben wir den Salat! Die mickrigen Lohnerhöhungen werden von einer wahren Preislawine überrollt. „Wo bleiben da unsere Reallöhne?" Das fragt sich der Kollege im Betrieb, fragt dich dein Ehepartner zu Hause. Und ein Wort macht die Runde in Betrieb und Gewerkschaft: „Ein Nachschlag muß her!"



Diese Forderung wird in immer mehr Betrieben erhoben. Auf der Vollversammlung der Vertrauensleute bei VW in Braunschweig wurde einstimmig die Forderung nach einer einmaligen Nachschlagszahlung von 1000 Mark erhoben. Einstimmig forderte auch der Vertrauenskörper der Seebeck-Werft in Bremerhaven eine Teuerungszulage. Ebenso auch die Vertrauenskörper der grossen Duisburger Stahlbetriebe Mannesmann-Huckingen und Thyssen-Meiderich. Die Thyssen-Kollegen verlangen konkret 100 Mark monatlich. Bei Klöckner in Bremen haben die Kollegen am Hochofen eine Teuerungszulage von einer Mark pro Stunde gefordert.

Der Anfang ist also schon gemacht. Jetzt gilt es, die Bewegung weiterzutreiben. Von Resolutionen müssen wir zu Aktionen übergehen. Jetzt heißt es, den Bossen und Bonzen mächtig einzuheizen! Ein Nachschlag muß her!

Explosionsunglück in Ludwigshafen

Drei Arbeiter in Nürnberg getötet

„Aus noch ungeklärter Ursache" sind am vergangenen Sonntag in einer Werkhalle der Ludwigshafener BASF Fässer mit hochgiftigem Nickelkarbonat explodiert und haben ein schweres Feuer ausgelöst.

Über der Stadt bildete sich eine dichte Rauchwolke, die nach Angaben der Polizei und der BASF-Leitung ungefährlich sein sollte. Demgegenüber forderte die Polizei aber über Lautsprecher die Bevölkerung auf, die Fenster dicht zu schließen. Durch die umfangreichen Löscharbeiten sind größere Mengen vergifteten Wassers in den Rhein abgeflossen, was durch die rheinabwärts befindlichen Wasserwerke verheerende Auswirkungen für die Bevölkerung haben kann.

Bereits am Freitag waren im Nürnberger Hafengelände ein türkischer und zwei deutsche Arbeiter bei der Explosion eines Aluminiumschmelzofens getötet worden. Von den zwölf verletzten Arbeitern schwebten am Anfang der Woche noch drei in Lebensgefahr. Auch dieses Unglück ist „aus ungeklärter Ursache" passiert.

Die Zahl der schweren Unglücksfälle in der Industrie nimmt ständig zu. Das ist eine Folge des kapitalistischen Charakters der Wirtschaft. Die Profite stehen an erster Stelle, während die Sicherheit der Arbeiter und der Bevölkerung die Kapitalisten einen Dreck interessieren. Die bei solchen Unglücken eingeleiteten „Untersuchungen" verlaufen mit aller Regelmäßigkeit im Sande.

VW/Südafrika: Vorreiter des Rassismus

Auf einer in der vergangenen Woche in Wolfsburg vom Internationalen Metallgewerkschaftsbund (IMB) abgehaltenen Konferenz erhoben Delegierte aus Brasilien und Südafrika schwere Vorwürfe gegenüber den Praktiken, die bundesdeutsche Konzerne in ihren dortigen Tochterunternehmen an den Tag legen. Die Konferenz war zusammengetreten, um sich mit den Arbeits- und Lebensbedingungen der rund 200 000 VW-Beschäftigten in drei Kontinenten zu befassen. Es stellte sich heraus, daß VW einer jener multinationalen Konzerne ist, die durch faschistische Methoden bei der Ausbeutung der Arbeiter und durch rassistische Maßnahmen besonders hervorstechen. Genaueres darüber lesen Sie auf Seite 11.

SALT II abgeschlossen

Als einen Schritt zum Frieden bezeichneten die Häupter der Supermächte, Carter und Breschnew, das Abkommen über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT II), das sie am Montag in Wien unterzeichneten. In Wirklichkeit ist während der zehnjährigen Verhandlungen zu keiner Zeit auch nur ein Schritt hin zu wirklicher Abrüstung getan worden.

(Siehe auch den Kommentar auf Seite 2).

Massenentlassungen bei Blaupunkt

Die Bosch-Konzernleitung hat mit einem brutalen Feldzug zur Vernichtung von Arbeitsplätzen begonnen. Zu diesem Zweck hat sie die berüchtigten Rationalisierungsspezialisten der amerikanischen Unternehmensberatungsfirma McKinsey angeheuert. Schon in den vergangenen anderthalb Jahren haben die Blaupunkt-Bosse im Hildesheimer Werk ca. 1200 Arbeitsplätze vernichtet. Jetzt werden in diesem Werk jeden Monat 49 Kolleginnen und Kollegen entlassen. Das Werk Osterode soll ganz stillgelegt werden. Wie verlautet, sollen insgesamt mindestens 2500 Beschäftigte bei Blaupunkt entlassen werden. Es wird höchste Zeit, daß gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen organisiert werden mit dem Ziel, den Arbeitsvernichtungsfeldzug der Bosch-Konzernherren zu stoppen.

Thyssen-Henschel: 3 000 legten die Arbeit nieder

Kassel. 446 Arbeitsplätze in der Antriebstechnik stehen bei Thyssen-Henschel in Kassel auf der Abschußliste. Aber die Arbeiter halten nicht still. Letzte Woche, Mittwoch: Nach der Frühstückspause nehmen die meisten die Arbeit nicht wieder auf.

Knapp 3000 von insgesamt rund 3900 Beschäftigten der beiden Thyssen-Henschel-Werke in Kassel verlassen für drei Stunden geschlossen die Hallen. Unterwegs vereinigen sich die beiden Demonstrationszüge. Der Marsch geht zum Rathaus. Sie führen schwarze Fahnen mit und ein Transparent mit der Aufschrift: *„Die Totengräber sind schon da. Die Geier in Essen warten schon"* (Essen ist der Sitz des Konzernvorstands).

Als die Kolonnen in den Blaumännern sich vor dem Rathaus drängen, sieht sich Oberbürgermeister Hans Eichel genötigt, herauszukommen. Er redet davon, daß auch der Magistrat solidarisch sei. Aber von den einst 15 000 Beschäftigten bei Henschel in Kassel sind heute noch knapp 4000 übrig. Wer von der „Solidarität" des Magistrats profitiert, sind einzig die Thyssen-Konzernherren, die von der Stadt allerlei Subventionen erhalten und keine Steuern zahlen müssen.

Nur durch ihren eigenen entschlossenen Kampf können die Kollegen die Arbeitsplätze retten. Dieser Kampf ist dringend notwendig. Die Arbeitslosigkeit in Nordhessen liegt weit über dem Durchschnitt.



Nach der Frühstückspause verlassen die Arbeiter die Hallen. Alle Produktionsbereiche beteiligen sich. Nur wenige Beschäftigte bleiben am Arbeitsplatz zurück.

Kommentar

SALT II — der Weg zum Frieden?

Mit einem gewaltigen Aufwand an Propaganda sind in Wien die Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT II) mit der Unterzeichnung der Dokumente abgeschlossen worden. Sowohl Carter als auch Breschnew nutzten die Gelegenheit, um sich als Hüter des Weltfriedens zu präsentieren, denen in gemeinsamen Anstrengungen ein wesentlicher Durchbruch zur Abrüstung gelungen wäre.

Aber ein einfacher Blick auf die nüchternen Tatsachen genügt, um festzustellen, daß in Wirklichkeit mit den SALT-Gesprächen das genaue Gegenteil erreicht wurde. 1969 begannen die Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten, drei Jahre später wurde dann die zweite Runde — SALZ II — eingeläutet. In all diesen Jahren wurde ausschließlich über strategische Atomwaffen und — wie gesagt — ihre angebliche Begrenzung verhandelt. Machen wir die einfache Bilanz auf. Zu Beginn der Gespräche verfügten beide Supermächte über jeweils rund 700 solcher Waffen. Und jetzt, wo sich Carter und Breschnew in Wien die Hände schütteln, haben beide einen Bestand von mehr als 2000 strategischer Atomwaffen in ihren Arsenalen. Wahrhaftig eine merkwürdige Rüstungsbegrenzung.

Zu keiner Zeit während der SALT-Verhandlungen ist auch nur der geringste Schritt hin zu einer wirklichen Abrüstung unternommen worden. Die Richtzahlen, die in dem zähen Gepoker zwischen beiden Seiten ausgehandelt wurden, bedeuteten auch nie eine Beschränkung des vorhandenen Bestands. Sondern sie waren eine Obergrenze für die **Aufrüstung** beider Supermächte in einem bestimmten Zeitraum.

Am deutlichsten wurde das bei dem Abkommen, das zwischen Breschnew und dem damaligen US-Präsidenten Ford in Wladiwostok ausgehandelt wurde. Dort wurde etwa für die Sowjetunion die Zahl von 2400 Trägern für strategische Atomwaffen festgelegt. Zum Zeitpunkt dieses Vertrags jedoch verfügte Moskau erst über ganze 1269 Träger. So war dieses Abkommen wie alle anderen einzelnen SALT-Verträge also alles andere als eine Verpflichtung zur Abrüstung. Es legte nur den Rahmen in der wahnwitzigen Aufrüstung fest, wobei beide Supermächte mittels der SALT-Verhandlungen stets ein gewisses Gleichgewicht zu halten trachten.

Eine Verminderung von Waffen hat es immer nur dann gegeben, und so wird es auch in der Zukunft sein, wenn alte Waffensysteme durch neue, noch perfektere Massenvernichtungswaffen ersetzt und dadurch abgestoßen wurden.

Der Kernpunkt bei der gegenwärtigen atomaren Aufrüstung, nämlich die ständige Perfektionierung der Atomwaffen und die damit verbundene reale Erhöhung ihrer Vernichtungskraft ist von den SALT-Verhandlungen überhaupt nicht berührt worden. Bezeichnend dafür ist die Tatsache, daß die US-Regierung ausgerechnet in der Woche vor der Vertragsunterzeichnung in Wien die Entwicklung eines neuen mobilen Raketensystems (MX) bekannt gab. Die bürgerliche „Frankfurter Allgemeine" hat jüngst errechnet, daß die amerikanische Supermacht nach Verwirklichung aller neuen atomaren Rüstungspläne, einschließlich der MX, Ende dieses Jahrzehnts über 17000 Atomsprengköpfe verfügen wird. Heute sind es „nur" 9200. Und zur Verdeutlichung: Ein solcher Sprengkopf besitzt die Kraft von zehn Bomben des Hiroshima-Typs.

Das sind also die Tatsachen. Das atomare Wettrüsten geht, ebenso wie die Aufrüstung in allen anderen Bereichen, ungehemmt weiter. Das SALT-Spektakel soll diese Wahrheit nur hinter feierlichen Worten und Propagandanebel verbergen. Zugleich versuchen die beiden Supermächte mit diesen Verhandlungen, von denen ja selbst ihre engsten Verbündeten ausgeschlossen sind, ihre atomare Überlegenheit zu festigen und abzusichern. Und sie benutzen SALT als Tribüne, um den revolutionären Elan der Völker zu lähmen, indem sie sich mit ihrem gewaltigen Atompotential als die Kräfte hinstellen, von denen allein das Schicksal der Menschheit abhinge.

Aber weder sind die Moskauer und Washingtoner Imperialisten die Hüter des Weltfriedens, noch können sie den revolutionären Vormarsch aufhalten. Die Völker werden sich von ihrer Demagogie nicht betrügen und von ihrem Waffenarsenal nicht einschüchtern lassen. Gerade die Farce der SALT-Verhandlungen und die damit verbundene neue Stufe des Wettrüstens haben deutlich gemacht, daß der Kampf gegen die Supermächte und ihre Militärblöcke noch verstärkt werden muß.

Verbrecherische Preispolitik

Die Ölkonzerne kurbeln die Inflation an

Die verbrecherische Preispolitik der Ölmultis zieht eine ganze Kette von weiteren Preiserhöhungen hinter sich her. Angespornt von dem Beispiel der Ölmultis haben auch andere Konzerne den Raubzug auf die Taschen der Werktätigen verstärkt.

• Die großen Wohnungsgesellschaften erheben Nachforderungen von 250 bis 800 Mark auf die Heizkosten. Die alte Heizperiode läuft am 30. Juni aus. In Nordrhein-Westfalen will die DGB-eigene „Neue Heimat" 250 bis 300 Mark nachfordern; die Pauschalbeträge sollen von 0,80 bis 1,10 Mark pro Quadratmeter auf 1,30 bis 1,40 Mark angehoben werden. Für die kommende Heizperiode hat die Krupp Wohnungsbau GmbH in Essen bereits eine Erhöhung um 50 Prozent angekündigt; andere Gesellschaften wollen bis zu 70 Prozent mehr. Als Begründung führen sie die steigenden Ölpreise an, obwohl ihre Vorräte teilweise noch aus dem letzten Jahr stammten.

• Im Herbst diesen Jahres droht weiter eine drastische Erhöhung der Gaspreise. Eine zweite Erhöhung ist bereits für das nächste Frühjahr angekündigt. Liesen, der Chef der Ruhrgas AG, erklärte: Die Erdgaspreise müßten der allgemeinen Energiepreiserhöhung — sprich: dem Ölpreis — angepaßt werden. Für Fernwärme sind ebenfalls erhebliche Preiserhöhungen angekündigt.

• Auch die Benzinpreise sollen noch kräftig weiter steigen. Entsprechend äußerten sich die Herren Oehme und Oschmann, die Vorstandsvorsitzenden der Esso AG bzw. der VEBA Öl AG. Die Herren streben vorläufig einen Preis von durchschnittlich 1,20 Mark pro Liter Kraftstoff an.

• Eine mehr als 100prozentige Steigerung haben in diesem Jahr bereits die Preise für Chemierohstoffe — zum Beispiel Naphta — erfahren. Zusammen mit der Steigerung der Transportkosten und anderen Faktoren heizen sie die allgemeine Inflation an. So stellte das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung zu Beginn der letzten Woche eine deutliche Beschleunigung der inflationären Entwicklung und insbesondere einen Preisauftrieb bei den Lebenshaltungskosten fest. Die offizielle Preissteigerungsrate stieg von 3,3 Prozent im März auf 3,5 Prozent im April und 3,8 Prozent im Mai an. Nach der Prognose des Instituts wird sich diese Entwicklung — beschleunigt durch die angekündigte Mehrwertsteuererhöhung — in den nächsten Monaten noch fortsetzen.

• Sogar für eine Erhöhung der Lebensmittelpreise müssen die gestiegenen Ölpreise herhalten. Nach einer Prognose der Arbeitsgemeinschaft der Lebensmittelfilialbetriebe werden aufgrund der angespannten Lage auf dem Ölmarkt die Lebensmittelpreise 1979 stärker steigen als 1978.

Während die Preislawine rollt, wurden weitere Fakten bekannt, die bestätigen, daß es sich bei den Preiserhöhungen der Ölmultis um einen abgezirkelten Raubzug handelt.

• Entgegen den Beteuerungen der Ölmultis herrscht keine Ölknappheit auf dem bundesrepublikanischen Ölmarkt. Noch niemals sind solche Mengen Rohöl in die Bundesrepublik geflossen wie von Januar bis Mai diesen Jahres.

• Entgegen der Propaganda der Ölmultis steigerten gleichzeitig die OPEC-Länder ihre Ölproduktion. Mit 30,7 Millionen Barrel täglich lag die Tagesproduktion im April um 233000 Barrel höher als im März und sogar um 2,2 Millionen Barrel höher als im Januar.

• Gleichzeitig steigen die Profite der Ölmultis ungeheuer an. So hat sich zum Beispiel (nach Konzernangaben) der Überschuß der VEBA Öl AG im ersten Quartal 1979 gegenüber dem Vorjahr mit 92 zu 43 Millionen Mark mehr als verdoppelt.

• Die Preistreiberei der Ölmultis wurde auch von bürgerlichen Wissenschaftlern und Politikern angegriffen und entlarvt. So warf der Direktor des staatlichen Wettbewerbsbüros der staatlichen USA-Handelskommission, Dougherty, den Ölgesellschaften vor, sie würden das Rohöl horten, anstatt es zu Benzin und anderen Produkten zu verarbeiten. Über eine künstliche Verknappung des Benzins erhöhten sie seinen Preis.

Von der Bundesregierung sind indes keine Maßnahmen gegen die Raubpolitik der Ölmultis zu erwarten. Dies machte der Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff in der letzten Woche bei mehreren Anlässen unmißverständlich klar. Die Forderung nach staatlichen Maßnahmen gegen die Ölkonzerne bezeichnete er als „dumm, unüberlegt und ressentimentgeladen". Er erklärte: Wenn Kontrolle mit Verzicht auf Öl einhergehe, dann werde eben keine Kontrolle stattfinden, und gab damit den Multis grünes Licht. Über ihre Beteiligungen — etwa bei der VEBA und damit auch bei der Ruhrgas AG — steuert die Bundesregierung im übrigen unmittelbar an den Preistreibereien mit.

Im Gefolge der Preissteigerungen zeigt sich jedoch auch, daß die werktätige Bevölkerung immer weniger bereit ist, den Preisterror der Öl- und anderen Konzerne tatenlos hinzunehmen. Die Proteste mehren sich. Es erstarkt gleichzeitig auch unter der Arbeiterklasse die Forderung nach einem „Nachschlag" auf die Tarifabschlüsse, um dem Preisterror wirkungsvoll zu begegnen (siehe auch Seite 1).

CSU und italienische Neofaschisten

Als das Treffen ihres habsburgischen Otto mit dem italienischen Faschistenführer Almirante bekannt wurde, stritt die CSU sofort ab, daß es zwischen der italienischen Faschistenpartei MSI und „irgendwelchen offiziellen Stellen" der CSU Beziehungen oder Kontakte gegeben habe. Die Beziehungen und Kontakte jedoch sind erwiesen.

„Irgendeine offizielle Stelle" der CSU ist ihr Referent für auswärtige Beziehungen. Der Chef dieses Referats, Huber, wollte am 23. Mai 1978 einen gewissen Tremaglia, einen Vertreter der italienischen Neofaschisten in der CSU-Zentrale empfangen. Durch einen mysteriösen Entführungsversuch an Huber wurde dieser Empfang zufällig vereitelt. Hubert entschuldigte sich nun in einem — noch erhaltenen — Brief, der an einen Bruno Zoratto addressiert war. Zoratto kandidierte auf der MSI-Liste für das Europaparlament.

Zoratto und Tremaglia sind Chef bzw. Sekretär der Canitato Tricolore degli Italiani nel Mondo (CTIM), das italienische Arbeiter in Westdeutschland faschistisch zu beeinflussen sucht. Das CTIM arbeitet mit dem Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) zusammen. Der CGB wiederum erfreut sich wachsender Unterstützung der Unionsparteien und zählt 21 CDU/CSU-Abgeordnete, darunter den CGB-Vorsitzenden Volmer, in seinen Reihen.

Einen weiteren Kontakt und Berührungspunkt von CSU und MSI bildet die habsburgische „Paneuropa-Union" (PEU), deren westdeutscher Präsident der verflossene bayrische Landesvater und führende CSU-Mann Alfons Goppel ist. Zum Bundeskongreß der PEU Ende April in Wiesbaden wurde der MSI-Eurokandidat Giovanni de Marco offiziell eingeladen. Die Vertreter der PEU und der italienischen Neofaschisten einigten sich auf eine Zusammenarbeit, um „das weitverzweigte Netz linksradikaler Systemveränderer auszuschalten".

Wie sehr die CSU und ihr Vorsitzender Strauß Zentrum und Anziehungspunkt faschistischer Kräfte nicht nur Westdeutschlands, sondern auch Europas sind, wurde kürzlich bei der Gründung einer neuen faschistischen Partei in Spanien deutlich. Diese Partei — Spanische Demokratische Rechte — wird geführt von Silva Munoz, einem Minister aus der Franco-Zeit und Vorsitzender einer rechtskatholischen Gruppe, die von der CSU unterstützt wurde. Silva ist ein persönlicher Freund von Strauß; auch die neue Partei hofft nun auf Unterstützung durch die CSU.

Schmidt und Co. wollen Atomprogramm durchpeitschen

Wieder Drohung mit dem Krieg

Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher wollen das menschenfeindliche Bonner Kernenergieprogramm auch gegen den Widerstand aus den Reihen ihrer eigenen Parteien durchpeitschen. Dies ist das Ergebnis einer Sitzung des Bundeskabinetts am Donnerstag letzter Woche.

Wie es heißt, seien beide Politiker entschlossen, durch persönlichen Einsatz zu verhindern, daß ihre Parteien SPD und FDP auf einen Kurs gehen, der den Bau neuer Kernkraftwerke verhindern würde. Würde das Atomprogramm gestrichen, so die Poltiker, drohten erhebliche Risiken für den Weltfrieden, die nationale Unabhängigkeit und die soziale Sicherung. Kein Mittel — und sei es das Spiel mit der Angst — ist diesen Politikern zu schmutzig, um ihre Pläne durchzupeitschen, um der verbrecherischen Politik der Kernenergiekonzerne freies Feld zu schaffen.

Bereits vor seiner Amerikareise hatte Schmidt mit einem Krieg um die Energiereserven gedroht. Die Drohung wurde nun von Schmidt und Genscher auf der Kabinettssitzung am Donnerstag wieder ins Spiel gebracht. In einem Korrespondentenbericht der „Süddeutschen Zeitung" heißt es: „Das Bundeskabinett führte eine intensive Diskussion über die Möglichkeit der krisenhaften Verknappung von Öl und daraus resultierenden Spannungen bis zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Schmidt vermittelte der Ministermannschaft (...) ein apokalyptisches Bild drohender Katastrophen, die nur vermieden werden könnten, wenn es zu einer weltweiten Kooperation von Ölproduzenten und Ölverbrauchern, zu konsequentem Energiesparen und zum erweiterten Einsatz von Kernenergie komme. Genscher stimmte dieser Einschätzung zu. Er verwies darauf, sowohl Frankreich als auch die Sowjetunion setzten ganz auf die Kernenergie, auch in Amerika würden trotz Carters Zurückhaltung neue Reaktoren gebaut. Einig waren sich Schmidt und Genscher auch, daß die Bundesrepublik eine Führungsrolle in dieser Frage übernehmen müsse, weil Carter wegen innenpolitischer Rücksichtnahmen nicht dazu in der Lage sei."

Die politischen Sachwalter der westdeutschen Bourgeoisie sehen nationale und internationale Krisen auf sich zukommen. Und sie rüsten sich heute schon, den kommenden Auseinandersetzungen zu begegnen. Eiskalt ziehen sie dabei jede Möglichkeit ihres Eingreifens — bis hin zum Immer deutlicher wird das Bestreben der Bonner Regierung, in den bestehenden und kommenden Auseinandersetzungen die Machtposition des westdeutschen Imperialismus weiter auszubauen und ihm zu einer Führungsrolle zu verhelfen.

Zitat der Woche

„In der gegenwärtigen Diskussion um die zukünftige Energiepolitik ist die Haltung der Sozialdemokraten unmißverständlich klar: Die SPD ist die einzige Partei, die weder ein bedingungsloses Ja noch ein uneingeschränktes Nein zur Nutzung der Kernenergie ausgesprochen hat." (Aus dem Informationsdienst „intern" der SPD).

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlev Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Oradour — ein Dokument barbarischer Grausamkeit des deutschen Faschismus



Die Hauptstraße von Oradour, nachdem das ganze Dorf niedergebrannt und sämtliches Leben ausgelöscht wurde. Ein Werk des deutschen Faschismus.

Ende Juli wird der Bundestagsausschuß zur Verjährung seine Beratungen abschließen. Kurz danach soll im Bundestag die Entscheidung in der Verjährungsfrage gefällt werden.

Aber was da alternativ zur Abstimmung angeboten wird, ist nicht die Aufhebung der Verjährung von Nazi-Verbrechen, wie sie von einer ständig wachsenden Bewegung in unserem Volk verlangt wird. Die Aufhebung der Verjährung für Mord schlechthin, die der Antrag der SPD-Mehrheit vorsieht, hat mit der Frage der Verurteilung der faschistischen Verbrechen nichts zu tun.

Im Gegenteil, es ist zu befürchten, daß er durch die Verschärfung des Strafrechts, die er beinhaltet, zur Belebung des reaktionären Klimas in der Bundesrepublik beiträgt. Ganz offen sprechen Schmidt und Co. davon, daß man vor allem gegen „linke Gewalttäter“ vorgehen müsse.

Während sich so also die Gesamtheit der Bonner Parlamentarier — von wenigen Ausnahmen abgesehen — anschickt, die Nazi-Verbrecher auf die eine oder andere Art heilig zu sprechen, fordern die Antifaschistischen und Demokraten in unserem Land um so entschiedener die strenge Bestrafung der faschistischen Verbrecher, ohne Verjährungsfrist.

Es mag Zufall sein: Der Bundestag sucht seine Entscheidung für die Rehabilitierung des Faschismus 35 Jahre nach dem faschistischen Massaker von Oradour. Wer die Ereignisse um Oradour kennt, kann nur die Frage stellen: Und so etwas soll verjähren?

Wir drucken im folgenden einen Auszug aus der Note von General Eugéne Bridoux, Staatssekretär im Verteidigungsministerium der Vichy-Regierung (Marionetten-Regierung der Nazi-Besatzer) an Generalmajor Alexander Frhr. v. Neubronn, Deutscher General des Oberbefehlshabers West in Vichy, vom 10. Juli 1944, über das Massaker in Oradour ab.

„Das Dorf Oradour-sur-Glane, 22 Kilometer von Ligomes, war am 10. und 11. Juni 1944 Schauplatz eines furchtbaren Dramas, das ich Ihnen vortragen muß auf der Grundlage der Zeugenaussagen der drei noch Überlebenden bzw. der Bewohner der benachbarten Dörfer. Am Samstag, dem 10. Juni, brach eine Abteilung der SS, die wahrscheinlich der in der Gegend anwesenden Division „Das Reich“ angehörte, in den vorher gänzlich umstellten Ort ein und befahl der Bevölkerung, sich auf dem Marktplatz zu sammeln. Es wurde ihr mitgeteilt, daß einer Denunziation gemäß Sprengstoffe im Ort versteckt sein sollten, und daß Haussuchungen sowie Identitätsfeststellungen vorgenommen würden.

Die Männer wurden aufgefordert, sich in vier oder fünf Gruppen aufzustellen, von denen alsdann jede in einer Scheune eingesperrt wurde. Die Frauen und Kinder wurden in die Kirche geführt und dort eingeschlossen. Es war ungefähr zwei Uhr nachmittags.

Bald darauf krachten MG-Salven und das ganze Dorf sowie die umliegenden Bauernhöfe wurden in Brand gesteckt. (...)

Um 17 Uhr drangen deutsche Soldaten in die Kirche ein und stellten auf der Kommunionbank ein Erstickungsgerät auf, das aus einer Art Kiste bestand, aus der brennende Zündschnüre hervorragten. In kurzer Zeit wurde die Luft nicht mehr atembar, jemandem gelang es jedoch, die Sakristeitür aufzureißen, wodurch es möglich wurde, die von der Erstickung betroffenen Frauen und Kinder wieder zu beleben.

Die deutschen Soldaten begannen dann durch die Kirchenfenster zu schießen, sie drangen daraufhin in die Kirche ein, um die letzten Überlebenden durch Maschinenpistolenschüsse zu erledigen, und schütteten dann einen leicht entzündbaren Stoff auf den Boden. Eine einzige Frau konnte sich retten. Sie war an einem Kirchenfester emporgeklettert, um zu fliehen, als die Rufe einer Mutter, die dieser Frau ihr Kind anvertrauen wollte, die Aufmerksamkeit eines Postens auf sie lenkten. Er gab Feuer und verletzte sie schwer. Sie konnte ihr Leben nur dadurch retten, daß sie sich tot stellte und wurde nachher in einem Spital von Ligomes gepflegt. Gegen 18 Uhr hielten die deutschen Soldaten die in der Nähe vorbeifahrende Lokalbahn an und ließen die nach Oradour fahrenden Reisenden aussteigen. Sie streckten sie durch Maschinenpistolenschüsse nieder und warfen ihre Leichen in die Feuersbrunst. Am Ende des Tages sowie am folgenden Sonntagmorgen versuchten die Einwohner der umliegenden Weiler, die durch das Feuer und wegen der Abwesenheit ihrer Kinder, die nach Oradour in die Schule gegangen waren, verängstigt waren, sich zu nähern, wurden aber von den deutschen Posten, die alle Ausgänge des Dorfes bewachten, entweder mit Maschinenpistolen beschossen oder mit Gewalt zurückgedrängt.

Am Sonntagnachmittag jedoch konnten einige Personen in die Ruinen eindringen, und bezeugten, daß die Kirche mit zusammengekrümmten und verkohlten Frauen- und Kinderleichen angefüllt war. Ein absolut zuverlässiger Zeuge konnte am Eingang der Kirche den Leichnam einer Mutter sehen, die ihr Kind in den Armen hielt, sowie vor dem Altar die Leiche eines knieenden Kindleins und bei dem Beichtstuhl die zweier Kinder, die sich noch umschlungen hielten. In der Nacht von Sonntag auf Montag kamen die deutschen Truppen zurück und versuchten, die Spuren dadurch zu verwischen, daß sie die Frauen und Kinder an der Außenseite der Chornische der Kirche oberflächlich begruben. (...)

Obgleich es unmöglich ist, die genaue Anzahl der Opfer anzugeben, kann sie annähernd auf 800 bis 1 000 Tote geschätzt werden, unter denen sich zahlreiche, aus luftgefährdeten Gebieten geflüchtete Kinder befanden. Von den zu Beginn des Nachmittags des 10. Juni anwesenden Personen scheinen nicht mehr als 10 noch am Leben zu sein. Das sind die Tatsachen.“

Deutsche Bundesrepublik

Revanchisten und Nazis in voller Aktivität

Die politische Entwicklung in der Bundesrepublik, mit Kurs auf den Faschismus, hat unter den Völkern Europas Unruhe und Besorgnis hervorgerufen. Aber viele europäische Länder haben Regierungen, die die Sorge ihrer Völker, die oftmals große Opfer im Kampf gegen den Faschismus erbracht haben, nicht zum Ausdruck bringen.

Allein im sozialistischen Albanien, dessen Volk sich aus eigener Kraft von der nazifaschistischen Besatzung befreit hat, erheben die Partei der Arbeit Albaniens und der sozialistische Staat ihre klare Stimme, um die Völker Europas vor dem erneuten Erstarken des Faschismus in Westdeutschland zu warnen. Wir entnahmen folgenden Artikel der albanischen Zeitung „Bashkimi“, Zentralorgan der Demokratischen Front Albaniens, der dort Anfang des Jahres abgedruckt worden war.

In Bonn wurde offiziell zugegeben, daß der Präsident der DBR, Scheel (von der Koalition der Regierungsparteien) und Bundestagspräsident Carstens (von der christdemokratischen „Oppositions“partei) Mitglieder von Hitlers Naziparteí gewesen sind. Diese Tatsache ist ein neuer Beleg dafür, daß Hitlers Leute in der DBR in voller Aktivität sind, daß die alten Nazis an der Macht sind und an der Ausarbeitung von Bonns expansionistischer Politik mit hegemonistischen Tendenzen, an der Abfassung der faschistischen Gesetze zur Unterdrückung des Kampfes des Proletariats und der übrigen werktätigen Massen Westdeutschlands beteiligt sind.

Die heutige Realität in Westdeutschland beweist, daß es genau die nazistische Ideologie ist, von deren Geist die Politik der Bonner Regierungsleute getragen ist. Wie zu Hitlers Zeiten werden ständig volksfeindliche Gesetze erlassen, etwa das Polizeigesetz, das der Polizei „erlaubt“, auf Demonstranten und Streikende das Feuer zu eröffnen. Die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte werden verfolgt, wie der Verbotsantrag gegen die KPD/ML, die Jagd auf die revolutionäre Kunst und Literatur, die drei Millionen westdeutschen Bürger, deren Daten in den Polizeicomputern gespeichert sind, und anderes mehr beweisen. Zur Umsetzung dieser faschistischen Politik wurden im vergangenen Jahr im Bonner Staatshaushalt um 17 Prozent größere Summen für die „innere Sicherheit“ bereitgestellt, als im Jahr zuvor.

Die Bonner Regierung nimmt die alten und die neuen Nazis in Schutz, sie schafft der Tätigkeit der neonazistischen Organisationen, von denen es über 150 gibt, alle Voraussetzungen, sie sorgt für die Verbreitung der Nazi-Ideologie in großem Stil — durch Literatur, Presse, Fernsehen, Film usw. Ehemalige SS-Leute und andere Nazis führen unter dem Schutz der Polizei lärmende Veranstaltungen durch, die brutal über die Antifaschisten herfällt, die derartige Kundgebungen der Nazis zu verhindern versuchen, wie es in vielen Städten der Fall war.

Um dieses Vorgehen der Polizei zu „rechtfertigen“, erklärte der Bonner Innenminister, daß „die rechtsextremistischen Organisationen keine ernste Bedrohung für die Sicherheit des Landes darstellen“. Er verlieh damit einer Politik Ausdruck, die seit Jahren betrieben wird und inzwischen bis zu einem Punkt gediehen ist, da die alten und die neuen Nazis, ob an der Regierung oder nicht, durch den Mund von Kanzler Schmidt oder anderer offizieller Vertreter die „Verjährung“ der von den Hitlernazis begangenen Verbrechen fordern.

Mit diesem Schritt wird nicht das Ziel verfolgt, die Nazis vor der gerichtlichen Verfolgung zu bewahren, denn ihnen hat die westdeutsche Legislative die erforderlichen „Hintertüren“ geöffnet. Die wirkliche Absicht ist, die Politik der Hitlerwehrmacht selbst zu rehabilitieren, von deren Geist die innen- und außenpolitische Tätigkeit der heutigen Bonner Regierung beseelt ist.

Die Herren von gestern sind auch heute noch oben

Er hatte sich zur „Herrenrasse“ gezählt, die anderen waren nur „Bastardgestalten“ mit „bestialischen Instinkten“. Nichts als Verachtung hatte er für die „ganze Erbärmlichkeit der jüdischen Rasse“ übrig und die „typisch jüdische Heuchelei“. Sein Buch „Der Steppensturm“ gab 1943 den Hitlerfaschisten erst so das richtige „Selbstbewußtsein“ als „Herrenrasse“. Es war eines der Machwerke, das Hitlers Raubkriegen gegen die Völker Europas die ideologische und propagandistische Begründung lieferte.

Sozusagen als Spezialist für Europa-Fragen trat der Autor dieses Buches jetzt sein Amt als Mitglied des Europa-Parlaments an. Er — das ist Hans-Edgar Jahn (CDU) — ließ sich über die reaktionäre „Paneuropaunion“ ins Europaparlament wählen. Dort vertritt er jetzt „Deutschland“.

Daß er nichts von seinem „Selbstbewußtsein“ verloren hat, zeigt seine Reaktion auf die Protestsstimmen, die ihn aufforderten, das Mandat abzugeben. Jahn denkt nicht daran, das zu tun, denn: Im Europäischen Parlament, in dem viele Nationen und viele politische Richtungen, „jede mit ihrer eigenen Vergangenheit“, zusammenarbeiteten, sei noch nie „die Vergangenheit gegeneinander aufgerechnet worden“.

Ein umwerfendes Argument, jedenfalls für seine Kollegen, die mit ihm die Bank des Europaparlaments drücken. Keine Bedenken, mit diesem Faschisten zusammenzuarbeiten, haben offenbar seine Kollegen, sei es nun Willy Brandt oder Eugen Loderer, Heinz-Oskar Vetter oder Heidemarie Wieczorek-Zeul.

Während der KZ-geschädigte Kurt Schulz heute um seine Arbeitslosenhilfe kämpfen muß, vertritt der Faschist und Rassenfanatiker Jahn als einer von 78 Abgeordneten den Bonner Staat im Europaparlament!

Wie KZ-Opfer heute behandelt werden

Ein Brief

„22 84 356
Juli 77
Sperrzeit vom 13. 5. 77 bis 10. 6. 77 (4 Wochen).

Sehr geehrter Herr Schulz, gemäß § 119 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) ist in Ihrem Falle für den angeführten Zeitraum eine Sperrzeit eingetreten. Während dieser Zeit ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Infolgedessen erhalten Sie Leistungen erst nach Ablauf der Sperrzeit. Hierzu wird auf den Bewilligungsbescheid Bezug genommen.

Sie haben am 12. 5. 77 Ihr Arbeitsverhältnis bei der Firma Sening selbst gekündigt.

Zur Begründung Ihres Verhaltens führen Sie an, daß Sie als ehemaliger Insasse der KZ-Lager Sachsenhausen, Neuengamme und Meppenversen als Verräter an der deutschen Sache bezeichnet, beschimpft und mit Prügel bedroht wurden.

Diese Gründe rechtfertigen es nicht, mit den Folgen Ihres Verhaltens (sich zu Ihrer KZ-Inhaftierung während des Krieges zu bekennen) vollen Umfangs die Versicherungsgemeinschaft zu belasten.

Sie mußten auch voraussehen, daß Sie infolge Ihres Verhaltens arbeitslos würden. Die Sperrzeit umfaßt ihrem gesetzlichen Normalmaß entsprechend 4 Wochen; ihre Dauer ist den für ihren Eintritt maßgebenden Tatsachen angemessen.

Gegen diesen Bescheid ist der Widerspruch zulässig. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei dem obenbezeichneten Arbeitsamt einzureichen, und zwar binnen eines Monats, nachdem der Bescheid Ihnen bekanntgegeben ist.

Hochachtungsvoll
im Auftrag“
[gez. Unterschrift]

Ein Brief, der für sich spricht!

Kurt Schulz aus Hamburg, der Empfänger dieses Briefes, legte Einspruch ein, dem stattgegeben wurde. Aber dann folgte eine Reihe von weiteren Schikanen: Nach einjähriger Arbeitslosigkeit stellte er einen Antrag auf Weiterbewilligung von Leistungen aus der Arbeitslosenhilfe. Dieser Antrag wurde vom 13. 4. 78 bis zum 5. 7. 78 verschleppt. An diesem Tag erhielt er eine Nachzahlung von 1150 Mark. Vom selben Tag datiert war aber auch eine Mitteilung, daß er erneut für 12 Wochen gesperrt worden sei und Zahlungen in Höhe von 1560 Mark zurückgefordert würden.

Am 7. 8. 78 werden die Leistungen für Kurt Schulz auf die Hälfte, nämlich 69 Mark pro Woche gekürzt. Am 29. 8. folgte die Mitteilung über eine Rückforderung von 6,30 Mark pro Tag.

Kurt Schulz ließ sich durch Verhöhnungen, Schikanen und sarkastische Bemerkungen auf dem Arbeitsamt nicht davon abhalten, um sein Recht zu kämpfen. Mit Erfolg! Seinem Einspruch gegen die Rückforderungen mußte schließlich stattgegeben werden.

Aber wie viele Opfer der Nazi-Herrschaft, in gleicher Lage, haben resigniert, verbittert durch die entwürdigende Behandlung durch die deutschen Behörden?

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Klinikleitung erwirkte einstweilige Verfügung gegen ihren Personalrat

Pressekonferenz über Arbeitssituation untersagt

Krach im Krankenhaus Neukölln: Kein Personal für den Notfall?

Personalrat: Die Versorgung von Schwangeren ist nicht mehr gewährleistet

Einstweilige Verfügung gegen Presse...

Krankenhaus Neukölln: Ein Maulkorb für den Personalrat

Einige Schlagzeilen aus der Westberliner Tagespresse.

Krankenhaus Neukölln in Westberlin:

Klinikleitung verpaßt Personalrat einen Maulkorb

Forderung nach Personalvermehrung soll unterdrückt werden

Arbeiterkorrespondenz. Krankenhaus Neukölln — Geburtshilfliche Klinik. Erst vor einem Jahr wurde mit großem Brimborium für viele Millionen Mark der Neubau dieser Klinik eingeweiht. Sie wird groß herausgestellt als eine der modernsten Kliniken Deutschlands und ist mit allen technischen Apparaturen bis hin zur HiFi-Stereoanlage im Kreissaal ausgerüstet. Bloß — Personal gibt's keins. Denn damit kann man wohl in den Augen der Gesundheitspolitiker keine Image-Pflege machen — Personal kostet nur Geld.

Anfang April rebellierten die Kollegen auf einer außerordentlich gut besuchten Personalversammlung:

• Sieben Betten im **Kreissaal**, pro Schicht manchmal nur eine Hebamme. Der Hebammenschlüssel ist nahezu identisch mit dem von 1942. Regelmäßig müssen Patientinnen abgewiesen werden. Es ist auch schon vorgekommen, daß Frauen dort ihre Kinder ohne Hilfe zur Welt brachten wie zu Hause auf dem Sofa. Eine Hebamme kann nun mal nicht sieben Schwangere zugleich betreuen.

• Neun Betten im **Vorwehenbereich**, dies ist praktisch eine Intensivstation für Risikoschwangere. Jede normale Intensivstation ist mit zwei Schwestern pro Bett besetzt. Und der Vorwehenbereich? Nach Plan gar kein Personal. (1942 gabs auch noch keine Vorwehenbereiche). Mittlerweile sind ganze drei Hebammenstellen dafür bereitgestellt worden, die dort den Drei-Schichtbetrieb aufrecht erhalten sollen.

• Drei Stunden Wartezeit in der **Schwangerenberatung;** die drei dort arbeitenden Kollegen sollen es schaffen, die Schwangeren innerhalb von drei Minuten zu „beraten". Man braucht allein für das Erklären der einzelnen möglichen Untersuchungen das Vielfache. Von Beratung über die Vorgänge und Beschwerden einer normalen Schwangerschaft ist schon gar keine Rede mehr.

Die Kollegen beschlossen auf dieser Personalversammlung eine Resolution, in der die Krankenhausgesetzgebung scharf angegriffen wird und zugleich vom Senat die Bereitstellung von Finanzmitteln gefordert wird, um zusätzliches Personal für die betroffenen Bereiche einzustellen. Zugleich wurde beschlossen, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, falls der Senat zu diesen Forderungen keine Stellung bezieht. Der Senator wurde zu einer weiteren Versammlung — ca. 17 Tage später — eingeladen und kam natürlich nicht. (Die Wahlen waren ja auch schon vorbei.)

Die Personalversammlung beauftragte daraufhin den Personalrat, eine Pressekonferenz einzuberufen, um die Öffentlichkeit zu informieren. Jetzt gings Schlag auf Schlag:

• Die Krankenhausleitung untersagte zunächst dem Abteilungsleiter, Prof. Saling, die Teilnahme an der Pressekonferenz und jede Äußerung in der Öffentlichkeit.

• Als nächstes beantragte sie beim Verwaltungsgericht eine einstweilige Verfügung gegen den Personalrat.

• Das Verwaltungsgericht folgte prompt diesem Antrag und verbot die Pressekonferenz. Begründung: alle reaktionären Paragraphen des Personalvertretungsgesetzes: Friedenspflicht, Schweigepflicht, „vertrauensvolle Zusammenarbeit" usw...

Als die Pressevertreter kamen, wurden sie vor dem Krankenhaustor von Personalratsvertretern empfangen, die ihnen nur die Gerichtsentscheidung mitteilen konnten und ihnen eine Presseerklärung des Personalrates überreichten. Gerade als die Reporter wieder gehen wollten, kamen 40 bis 50 Kollegen der Abteilung heraus und schilderten den Pressevertretern drastisch die Situation ihrer Abteilung. Dies, obwohl sie wußten, daß die Pressekonferenz verboten war. Das war auch keine Pressekonferenz, das war eine politische Demonstration: Die Kollegen lassen sich von Gesetzen und Gerichten nicht den Mund verbieten.

Der Kampf hat den Rahmen der Legalität überschritten und es wird weitergehen — denn in seinem Mittelpunkt steht der Mensch und der läßt sich nicht in Paragraphen pressen, er hat einen Kopf zum Denken, einen Mund zum Reden und Fäuste zum Kämpfen.

„Aktionswoche Gesundheitswesen" der ÖTV

Kostendämpfung geht über Leichen

Unter dem Motto „Mehr Zeit für unsere Patienten — Aktion humanere Krankenpflege" rief die ÖTV-Führung für die vergangene Woche eine Aktionswoche aus. Dieses Motto stieß bei vielen engagierten ÖTV-Kollegen in den Krankenhäusern auf Kritik. Mit Recht sagen die Kollegen, dieses Motto beschönige und verwische die Mißstände und deren Ursachen, anstatt sie klar und unmißverständlich auf den Tisch zu bringen.

Das Hauptproblem in den Krankenhäusern liegt darin, daß einfach zu wenig Pflegepersonal und Ärzte eingestellt werden. Deshalb sind die Krankenhausbeschäftigten in vielfacher Hinsicht überlastet und überfordert. Die Folge: Unweigerlich kommt es zu Fehlern und Mißgriffen bei der Behandlung der Patienten. Weder für die Schwestern oder Pfleger, noch für die Ärzte ist es möglich, sich um jeden einzelnen Patienten in ausreichendem Maße zu kümmern. Jeder Krankenhausarzt und jede Schwester weiß, daß Tag für Tag in unseren Krankenhäusern Menschen sterben, die eigentlich weiterleben und teilweise sogar geheilt werden könnten, wäre nicht die verdammte Arbeitshetze, die Überforderung des Personals, die es unmöglich macht, die Patienten so sorgfältig zu behandeln und zu pflegen, wie es eigentlich sein müßte.

Und davon abgesehen: Für die in den Krankenhäusern beschäftigten Werktätigen ist die 40-Stunden-Woche keine Wirklichkeit. Sie sind zu vielen Überstunden, Nacht- und Feiertagsdiensten gezwungen, wobei den Schwestern und Pflegern diese Mehrarbeit nicht einmal entsprechend finanziell vergütet wird.

Die entscheidende Ursache für die zu geringe Personalausstattung im Gesundheitswesen liegt in der von Bonn vorangetriebenen „Kostendämpfung". Was da gedämpft wird, sind ja nicht etwa die Superprofite der Arzneimittelkonzerne oder die riesigen Gehälter der Chef- und Oberärzte. Gespart wird dadurch, daß man die Planstellen einschränkt. So wurden in den vergangenen Jahren einerseits die Liegezeiten einschneidend verkürzt, das heißt der Patientendurchgang in den Krankenhäusern ist viel stärker geworden. Gleichzeitig wurde auch die Belegung der Krankenhäuser erhöht. Was aber nicht erhöht wurde, sind die Planstellen. Stattdessen wurde sie de facto sogar heruntergeschraubt: Indem nämlich neuerdings die Pflegeschüler (im Verhältnis drei Schüler sind gleich eine vollwertige Pflegekraft) auf die Stellenpläne angerechnet werden (nur in Hamburg und Bremen wurde diese verantwortungslose Rationalisierungsmaßnahme durch den Widerstand in den Krankenhäusern verhindert).

Die Anhaltszahlen für die Stellenpläne stammen noch aus dem Jahr 1969. Inzwischen aber wurde der Urlaub verlängert, der Hausfrauentag wurde eingeführt und jetzt kommt ein verlängerter Mutterschaftsurlaub hinzu. All dies sind absolut notwendige Verbesserungen. Jedoch wurden die Stellenpläne diesen Änderungen nicht angepaßt. Dazu kommt noch, daß selbst die zu niedrigen Planstellen in vielen Fällen gar nicht voll besetzt sind.

Der Bonner Staat — weit davon entfernt, hier endlich Abhilfe zu schaffen — will die Verhältnisse noch weiter verschärfen. So wird zur Zeit im Auftrag des Düsseldorfer „Sozial"-Ministers Farthmann eine bundesweite Studie zur Neuberechnung der Stellenpläne erstellt, bei der, genau wie bei den Rationalisierungsfeldzügen der Unternehmer, mit Zeitmessungen gearbeitet wird. Herr Farthmann möchte also einen regelrechten Rationalisierungsterror in den Krankenhäusern initiieren!

Über diese menschenverachtende Kostendämpfungspolitik wächst die Empörung unter den Krankenhausbeschäftigten. ÖTV-Boß Kluncker und Konsorten mußten dieser Empörung Rechnung tragen. Deshalb riefen sie die Aktionswoche aus, obwohl sie in Wahrheit mit Farthmann gemeinsam am gleichen Strang ziehen. Die Aktionswoche war von der Gewerkschaftsführung sehr schlampig vorbereitet worden. Viele aktive ÖTV-Kollegen und -Kolleginnen aus den Krankenhäusern aber setzten sich dafür ein, noch das Beste aus der Aktionswoche zu machen. Mit Informationsständen und Flugblättern bemühten sie sich, die Bevölkerung aufzuklären und sie für die Unterstützung der richtigen Forderungen zu gewinnen.

Keine Kostendämpfung auf dem Rücken der Patienten und des Personals! Erweiterung der Stellenpläne — keine Anrechnung von Schülern auf den Stellenplan!



Der Widerstand gegen die Stellenstreichungen an den Krankenhäusern wird immer breiter. Unser Bild zeigt eine Demonstration gegen den Planstellenabbau an den Krankenhäusern in Dortmund, Herbst '78.

Kurz berichtet

Gerichtsurteil: Ungleicher Lohn für gleiche Arbeit

Neuss. Ein empörendes Urteil fällte die 1. Kammer des Arbeitsgerichts in Neuss. Das Gericht lehnte die Klage einer Arbeiterin auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit ab. Die Klägerin ist bei den Vereinigten Papierwerken Neuss beschäftigt, die zum Quelle-Konzern gehören. Sie führte ihren Prozeß als Musterprozeß für 24 Kolleginnen.

Insgesamt klagen 52 Frauen, die in den Vereinigten Papierfabriken arbeiten, dagegen, daß sie bis zu 1,15 Mark weniger Stundenlohn als ihre männlichen Kollegen bekommen, obgleich sie genau die gleiche Arbeit machen.

„Nicht auf unserem Buckel"

Bad Kissingen. Noch immer müssen die Arbeiter in der Spanplattenindustrie 48 Stunden pro Woche arbeiten. Die Kollegen wollen endlich damit Schluß machen und die 40-Stunden-Woche einführen. Aber nach dem Willen der Unternehmer sollen sie vom Regen in die Traufe kommen. Die Spanplattenkapitalisten wollen nämlich die Konti-Schicht einführen, um — wie sie sagen — die Produktionsanlagen besser ausnutzen zu können.

Der Standpunkt der Spanplattenarbeiter dazu ist jedoch: „Nicht auf unserem Buckel". Konti-Schicht — das bedeutet: Es wird rund um die Uhr 7 Tage lang in der Woche durchgearbeitet, ohne Unterbrechung an Sonn- und Feiertagen.

Das Konti-Schichtsystem wird bekanntlich in der Eisen- und Stahlerzeugenden Industrie praktiziert. Im Gegensatz zur Spanplattenindustrie ergibt sich in der Stahlindustrie allerdings eine gewisse Berechtigung für die Konti-Schicht, weil die Hochöfen nicht so einfach abgeschaltet werden können. Es ist also überhaupt nicht einzusehen, daß die Arbeiter in der Spanplattenindustrie sich ihre Gesundheit durch den Konti-Rhythmus noch stärker ruinieren und ihr Familienleben noch einschneidender stören lassen sollen, als dies bisher schon der Fall ist.

Auf einer Konferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK), die Ende April in Bad Kissingen tagte und die sich mit dieser Frage befaßte, sprachen sich die Kollegen denn auch in einer einstimmig gefaßten Entschließung **gegen jede Arbeitszeitregelung aus,** die Sonntagsarbeit mit einschließt. An der Konferenz nahmen Vertrauensleute und Betriebsräte aus 63 Span- und Faserplattenwerken teil.

„Luther-Werk darf nicht sterben!"

Braunschweig. Rund 400 Arbeiter und Angestellte demonstrierten am Dienstag vergangener Woche durch die Braunschweiger Innenstadt, um gegen die drohende Stillegung des Braunschweiger Luther-Werks zu protestieren. Die Banken und das Wirtschaftsministerium in Hannover haben keine Skrupel, die 660 Belegschaftsmitglieder auf die Straße zu werfen. Im Mai wurde von den Luther-Kapitalisten ein Vergleichsantrag gestellt. Seither sind an die Belegschaft keine Löhne und Gehälter mehr ausgezahlt worden. Auch Konkursausfallgeld erhalten die Kollegen bis jetzt nicht. Im Braunschweiger Luther-Werk werden neben Panzer-Zulieferung Maschinen, Apparate und Container hergestellt. Kurz vor dem Vergleichsantrag wurde der Luther-Bereich in Mainz, wo mit 2600 Beschäftigten amerikanische Panzer repariert werden und für die Kapitalisten hohe Profite herausspringen, **in eine rechtlich selbständige Tochtergesellschaft umgewandelt. Diese üblen Schiebereien der** Kapitalisten laufen darauf hinaus, die Beschäftigten in Braunschweig um den Lohn zu prellen, ihre Arbeitsplätze zu vernichten und die Profite durch die Konzentration auf reine Rüstungsproduktion in Mainz noch mehr zu steigern. Darüber herrscht große Empörung in der Belegschaft.

Warnstreiks im Kfz-Handwerk

Hannover. Im Zusammenhang mit den dritten Tarifgesprächen über den Abschluß eines neuen Lohn- und Gehaltstarifvertrages für die rund 25000 Beschäftigten des niedersächsischen Kfz-Handwerks sowie der Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag kam es zu Warnstreiks in Braunschweig, Goslar, Göttingen, Hannover und Hildesheim. Die Arbeitsniederlegungen dauerten bis zu vier Stunden.

Arbeitsunfall fordert Tote und Schwerverletzte

Nürnberg. Zwei Arbeiter tot, zwölf lebensgefährlich verletzt. Das ist die vorläufige schreckliche Bilanz eines Betriebsunfalls in einem Metallhüttenwerk am Nürnberger Kanalhafen, der sich am letzten Freitag ereignete. Ein Aluminiumschmelzofen war explodiert. Über die Ursachen der Explosion lagen bis Redaktionsschluß noch keine Nachrichten vor.

IGM-Bonzen gegen Gewerkschaftlichen Arbeitskreis Klöckner

Bremen. Der Gewerkschaftliche Arbeitskreis Klöckner hatte vor dem 1. Mai in einem Brief an die IGM-Ortsverwaltung Kritik an der Absicht geübt, den Euro-Wahlkampf in den Mittelpunkt des 1. Mai zu rücken. Außerdem forderten die Gewerkschafter, daß auf den Maikundgebungen Kollegen aus den Großbetrieben sprechen können, Kollegen, die eine aktive Rolle im gewerkschaftlichen Kampf, zum Beispiel im Stahlarbeiterstreik spielten. Die Ortsverwaltung bewies weder Sinn für Kritik noch für Verbesserungsvorschläge. Sie verbat sich diese „Einmischung" in ihre Angelegenheiten als „gewerkschaftsfeindlich" und droht damit, den Gewerkschaftlichen Arbeitskreis aufzulösen.



Warum die KABD-Führer im Irrtum sind

Der Kampf für das Verbot der Aussperrung ist notwendig!

Die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung wird nicht nur von den Gewerkschaftsführern abgelehnt, sie wird auch von scheinbar „linken" Positionen her angegriffen. Ein Beispiel dafür ist der KABD.

Er stellt in seiner „Roten Fahne" fest, „daß im staatsmonopolistischen Kapitalismus, in dem wir leben, Staat und Monopole vollständig miteinander verschmolzen sind, daß sich die Monopole den Staatsapparat vollständig untergeordnet haben. Sollte also dieser Staat eines der wesentlichsten Kampfmittel der Monopole verbieten? Die Forderung ist illusionär, sie ist sogar rückschrittlich, weil sie von der Unterordnung des Staatsapparats unter die Monopolherrschaft ablenkt."

Ist die Forderung durchsetzbar?

„Daß „dieser Staat" keine Neigung verspürt, die Aussperrung freiwillig zu verbieten, ist bekannt. Eben deshalb reicht es nicht, drum zu bitten, sondern wir müssen darum kämpfen. Daß die Aussperrung als „ein wesentlichstes Kampfmittel der Monopole" auch im staatsmonopolistischen Kapitalismus keine Selbstverständlichkeit ist, zeigt ein Blick auf einige unserer Nachbarländer: In Großbritannien und den Niederlanden besteht bei Aussperrung die Pflicht zur Lohnfortzahlung, in Italien und Frankreich gilt die Aussperrung als Vertragsbruch, die Verpflichtung zur Lohnfortzahlung besteht ebenfalls. Diese Einschränkungen heben die Wirkung der Aussperrung so weit auf, daß sie als Kampfmittel der Unternehmer kaum eine Rolle spielt. Ein ausdrückliches gesetzliches Verbot gibt es in der Verfassung des Landes Hessen. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Forderung grundsätzlich nicht durchsetzbar wäre. Warum also soll man nicht darum kämpfen?

Der KABD behauptet, diese Forderung fördere Illusionen über den Klassencharakter des Staatsapparats. Sicherlich trifft das zu, wenn man den Kampf für ein gesetzliches Verbot so versteht, wie ihn uns die Gewerkschaftsführer einzureden versuchen: Indem man auf die Arithmetik parlamentarischer Mehrheiten baut und sich ansonsten auf Appelle und Resolutionen beschränkt. Die klassenkämpferischen Arbeiter sehen das aber anders, wie es sich besonders bei dem Stahlarbeiterstreik und den Streiks der Drucker und Setzer gezeigt hat. Warum sind denn die Gewerkschaftsführer heute so emsig bemüht, die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot vom Tisch zu wischen? Genau wie die Unternehmer und die bürgerlichen Parteien befürchten sie eine politische Massenbewegung, die die Klassenfronten viel offener hervortreten läßt. In solch einem Kampf zeigt sich sehr deutlich, wer Freund und wer Feind ist.

Nehmen wir einmal die SPD: Sie geht zur Europawahl auf Stimmenfang mit der Forderung nach dem Verbot der Aussperrung. Sie kann dies nur tun, weil ihr die Führer der DGB-Gewerkschaften bisher die Peinlichkeit erspart haben, eindeutig Stellung zu nehmen, warum sie nicht hier als Regierungspartei im Parlament für ein Verbot sorgt. Es ist für sie auch recht billig, sich mit dieser populären Forderung zu schmücken, solange sich daraus keine ernsten Konsequenzen ergeben und sie achselzuckend die Gerichte verweisen kann. Das kann sie noch, solange nicht die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot getragen von einer breiten Bewegung, im Vordergrund steht. Im Kampf für diese Forderung lernen die Arbeiter mehr über den Staatsapparat, die Parteien und das Parlament, als ihnen jahrelange allgemeine Propaganda über den Klassencharakter des Staates vermitteln kann.



Stahlarbeiter in Gelsenkirchen fordern das Verbot der Aussperrung

Wem nützt ein Aussperrungsverbot überhaupt?

„Aber selbst, wenn die Aussperrung formal verboten werden sollte" — so der KABD — „wer zwingt die Monopole, sich daran zu halten?"

Sicher, in Hessen wurde trotz Verbot seit 1949 mehr als 10 Mal ausgesperrt. Das beweist, daß die Bourgeoisie ihre eigenen Gesetze mit Füßen tritt, wenn sie ihr im Wege sind. Bedeutet es aber auch, daß solche Gesetze für uns nichts wert sind, daß wir durchaus darauf verzichten können? Auch andere Rechte, wie zum Beispiel die Gleichberechtigung der Frau und das Recht auf freie Berufswahl, werden tagtäglich verletzt, ohne daß wir immer ihre Einhaltung erzwingen können. Sie deshalb für bedeutungslos zu erklären, würde bedeuten, den Kampf für demokratische Rechte überhaupt für „illusionär und rückschrittlich" zu erklären.

Auch in Hessen kann man sehen, daß das Aussperrungsverbot trotz der offensichtlichen Mißachtung durch die Kapitalisten die Kampfpositionen der Arbeiterklasse zumindest verbessert. So ist das hessische Landesarbeitsgericht bisher das einzige Gericht einer höheren Instanz, das den klagenden Arbeitern Recht gegeben hat und die Unternehmer zu Lohnfortzahlung verurteilt hat. Dieses Urteil ist zwar nicht rechtskräftig und kann vom Bundesarbeitsgericht noch aufgehoben werden. Es zeigt aber, daß die Chancen vor Gericht zumindest besser sind.

Ein anderes Beispiel: Als 1968 in den Correcta-Werken über 1000 Arbeiter ausgesperrt wurden, spielte der wachsende Druck der öffentlichen Meinung eine wichtige Rolle dabei, daß die Aussperrung nach zehn Tagen wieder aufgehoben werden mußte und die Arbeiter im wesentlichen ihre Forderungen durchsetzen konnten. Anders als in anderen Bundesländern müssen die Unternehmer in Hessen einen offenen Gesetzesbruch rechtfertigen. Das ist, wie es sich auch bei der Aussperrung der Drucker und Setzer gezeigt hat, der „öffentlichen Meinung" keineswegs gleichgültig. Wenn die hessischen Unternehmer nun argumentieren, „Bundesrecht bricht Landesrecht", so unterstreicht das noch einmal die Wichtigkeit eines bundesweiten gesetzlichen Aussperrungsverbots. Wie gedenkt nun der KABD den Kampf für Verteidigung des Streikrechts zu führen? Er erklärt es am Schluß des Artikels: „Der selbständige Streik — das ist der einzig gangbare Weg."

Nun ist es unbestreitbar, daß die Führer der DGB-Gewerkschaften das Streikrecht durch ihre Politik der Klassenzusammenarbeit schon so weit eingeengt haben, daß sich die wirtschaftlichen Kämpfe ihren Weg auch über den von der Gewerkschaftsführung genehmigten Rahmen hinaus brechen müssen. Kann sich die Arbeiterklasse aber darauf beschränken, ihre demokratischen Rechte zu verteidigen, indem sie einfach in den Betrieben für ihre wirtschaftlichen Interessen kämpft? Nein, das kann sie nicht. Denn die Aussperrungen der letzten Jahre sind mehr als ein Kampfmittel zur bloßen Unterdrückung wirtschaftlicher Kämpfe. Sie sind ein Angriff auf das Streikrecht, auf die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse. Sie stehen in einer Reihe mit Berufsverboten, zunehmendem Polizeiterror, dem immer frecher werdenden Auftreten alter und neuer Nazis.

In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens tragen die Unternehmer immer offener und brutaler ihren „Herr-im-Haus"-Standpunkt zur Schau. Mit dem Kampf für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung stellt sich die Arbeiterklasse dem Erstarken von Reaktion und Faschismus an einer Front entgegen, an der Hunderttausende von Arbeitern mit ihren Familien vom Unternehmerterror betroffen sind. Wer da die Arbeiter auf den Kampf in den Betrieben beschränken will und ihre Forderungen nach Aussperrungsverbot für illusionär und rückschrittlich erklärt, haut letztlich in die gleiche Kerbe wie die Gewerkschaftsführer: Mit dem Argument der „Nicht-Durchsetzbarkeit" stellt er sich der Bildung einer breiten, einheitlichen Kampffront in den Weg.

Vor 90 Jahren: Der große Streik der Ruhrbergarbeiter

Vor 90 Jahren, am 4. Mai 1889, begann in Deutschland der große Streik der Steinkohlenbergarbeiter, an dem sich insgesamt 150000 Kumpels beteiligten. Es war dies der bedeutendste Streik, den Deutschland im 19. Jahrhundert erlebte. Der Streik begann im Gelsenkirchener Bergwerks- und Industriegebiet und erfaßte in wenigen Tagen alle Gruben des Oberbergamtsbezirkes Dortmund. Die Hauptforderungen der Streikenden waren: Erhöhung des Arbeitslohns, Achtstundentag und Anerkennung der Verbände der Bergarbeiter. Bis zum 14. Mai hatte die Zahl der Streikenden bereits gewaltigen Umfang angenommen: Sie war auf 90000 angewachsen.

Noch in Illusionen befangen, entsandten die Bergarbeiter eine Delegation zu Kaiser Wilhelm, um ihre Forderungen vorzutragen. Dieser drohte der Arbeiterdelegation: Falls sich die Streikenden mit den Sozialdemokraten einlassen würden, lasse er erbarmungslos „alles über den Haufen schießen" Bereits vorher hatte der junkerlich-bürgerliche deutsche Klassenstaat Militär gegen die Streikenden geschickt. Sieben Bergarbeiter starben unter den Kugeln der Regierungssoldaten. Reichskanzler Bismarck hatte die Linie ausgegeben: keine Zugeständnisse machen, den Streik brutal niederschlagen.

Aber die Kampfentschlossenheit der Kumpels konnte durch diesen Terror nicht gebrochen werden. Regierung und Zechenherren sahen sich zu gewissen Zugeständnissen gezwungen, um zu erreichen, daß die Bergarbeiter wieder in die Gruben gingen. Als sich jedoch zeigte, daß die Zechenherren gar nicht bereit waren, ihre Zusagen einzuhalten, traten die Kumpels erneut in den Streik. Auch andere Teile Deutschlands wurden von der Streikbewegung erfaßt, so der größte Teil der Gruben Ober- und Niederschlesiens mit rund 20000 Beschäftigten. Auch in Sachsen und im Saargebiet streikten insgesamt mehr als 20000 Bergarbeiter.

Zwar mußte der Streik Anfang Juni abgebrochen werden, ohne daß entscheidende Zugeständnisse erzwungen worden wären — eine entscheidende Schwäche der Bergarbeiter war das Fehlen eines einheitlichen Gewerkschaftsverbandes —, aber dennoch hatte der Streik eine tiefgreifende Wirkung. Er trug wesentlich zum Fall der schon zehn Jahre lang bestehenden Sozialistengesetze bei und auch zum Sturz Bismarcks. Außerdem gab der Streik den Anstoß für die Bildung einer einheitlichen, von der revolutionären Sozialdemokratie beeinflußten Bergarbeitergewerkschaft. Die Arbeiterbewegung in ganz Deutschland erfuhr durch den großen Streik der Ruhrbergarbeiter einen neuen Aufschwung.

Heinrich Kämpchen STREIK

Heinrich Kämpchen, Bergarbeiter und Dichter, war einer der Führer des großen Streiks der Ruhrbergarbeiter im Jahre 1889. Im folgenden sein Gedicht „Streik".

Tief unten im Grunde,
im schwarzen Geklüfte,
im Reiche der Grüfte,
da ist es zur Stunde
unheimlich geschäftig.
Da regt es sich kräftig
mit starkem Gären,
da will gebären
die grimmige Wöchnerin
„Bergmannsnot"
den Streik, den Riesen, der
wieder droht.

Vor kurzem noch, Ihr habt es
gesehen,
ließ er die Räder stillestehen.
Als er sich reckte in jähem Prall,
tot lagen die Werke, die
Schächte all.
Da klang kein Hammer im
weiten Rund,
kein Wagen entstieg dem
schwarzen Schlund,
da stockte alles mit einem
Schlag,
da herrschte der lange Feiertag,
der grimmige Riese schwang
sein Schwert
und Friedhofsruhe war
eingekehrt.

Gibts ein Beschwören,
und wollt Ihr wehren
den wilden Drange,
so säumt nicht lange
und stillt die Not
um Fleisch und Brot,
sonst wird das Grollen
in Schacht und Stollen
durch „nicht gewähren"
den neuen Streik bescheren.

Regierungspräsident fordert Truppen an

Telegramm des Regierungspräsidenten an das Oberpräsidium in Münster Recklinghausen, 6. Mai 1889:

„Bitte um 3 Compagnien Infanterie, eine nach Recklinghausen, zwei nach Bahnhof Bruch zum Schutze der terrorisierten willigen Bergarbeiter noch am heutigen Tage. Beamte zur Disposition der Truppen sind an den Bahnhöfen. Streikende Bergleute über dreitausend."

Filmkritik

„Die Blechtrommel"

Als Volker Schlöndorff nach der Erzählung von Böll seinen mutigen Film „Die verlorene Ehre der Katharina Blum" drehte, löste er damit eine wüste Hetzkampagne der Reaktion aus. Einen Terror-Sympathisanten nannte man ihn und gar einen „Informationsstrategen der RAF". Schlöndorffs neuer Film, „Die Blechtrommel" nach dem Roman von Grass, fand Reaktionen ganz anderer Art. Neben offiziellen Ehrungen wie der Verleihung der „Goldenen Schale" ein positives, ja teilweise enthusiastisches Echo in der bürgerlichen Presse.

Dieser Wandel kommt nicht von ungefähr. Denn die „Blechtrommel" ist alles andere als der „Durchbruch des deutschen Films", zu dem der „Spiegel" in einer Titelgeschichte diesen Streifen hochgejubelt hat. Er ist bestenfalls ein Ärgernis.

Fragt man nach den Ursachen dafür, so muß in erster Linie auf die Vorlage verwiesen werden. Grass — er ist auch Mitautor des Drehbuchs — hatte seinen Roman mit einem großen Anspruch geschrieben: Am Beispiel seiner Heimatstadt Danzig die jüngste deutsche Geschichte, vor allem die Zeit der faschistischen Diktatur darzustellen. Allerdings verzichtete er von vornherein auf die realistische Gestaltung der wirklichen Verhältnisse der Menschen unter dem Faschismus, ganz zu schweigen von den Ursachen für diese dunkelste Periode unserer Geschichte.

Er schuf sich stattdessen als Helden für seinen Roman eine monströse, unwirkliche Gestalt: den Blechtrommler Oskar, der im Alter von drei Jahren beschließt, das Wachsen einzustellen. Die Froschperspektive dieses Gnoms ist die Sicht des Romans, der allerlei groteske Ereignisse, deftige Zoten und allerlei Peinlichkeiten aneinanderreiht. Schlöndorff hat das alles nur in Bilder umgesetzt, in schöne Bilder, denn er versteht sein Handwerk. Aber eine Folge von kleinen Meisterstücken der Regiekunst ergibt eben noch keinen guten Film.

So hat Schlöndorff völlig unkritisch die Perspektive des Grass'schen Romans übernommen. Vor allem der Held hat es ihm angetan. So sagte er über die Figur des Oskar: „Sein Hauptmerkmal ist doch, daß er sich verweigert, er verweigert den Fortschritt in seinem Wachstum, er verweigert die Verantwortung, die Erwachsenenwelt, er verweigert, irgendeine Rolle oder Funktion in ihr einzunehmen."

Und ausgerechnet vor dem Hintergrund des Faschismus setzt Schlöndorff diesen Traum von der großen Verweigerung, vom Ausstieg aus der Gesellschaft und aus jeder Verantwortung ins Bild. Aber das ist ein zutiefst reaktionärer Traum. Denn er entwirft nicht nur die Illusion von einem Fluchtraum außerhalb der Gesellschaft, den es nicht gibt. Er leugnet auch die Verantwortung, die jeder gerade angesichts der faschistischen Diktatur, dieser schlimmsten Form der Barbarei hat.

Die wahrhaft antifaschistische Literatur und Filmkunst hat — abgesehen von der Entlarvung der wirklich Schuldigen am Faschismus — auch immer wieder gezeigt, daß jeder einzelne vor die Entscheidung gestellt war mitzumachen oder, in welcher Form auch immer, Widerstand zu leisten. Sie hat die Schicksale von Menschen gestaltet, die eine solche Entscheidung für ihr Volk und ihre Klasse auf sich genommen haben und daran die Unbesiegbarkeit des Volkes gegenüber der faschistischen Barbarei dargestellt.



Szene aus der „Blechtrommel"-Verfilmung.

Die „Blechtrommel" dagegen macht das genaue Gegenteil. Sie propagiert eine ebenso plumpe wie verlogene Überlebensphilosophie. Oskar, der sich allem verweigert, der sich aus allem heraushält, ist am Ende der einzige seiner Familie, der überlebt. Das soll aber nicht heißen, daß es in diesem Film etwa Personen gäbe, die sich ihrer Verantwortung stellen und dem Faschismus Widerstand entgegensetzen würden. Die „Blechtrommel" spielt im kleinbürgerlichen Milieu. Und das Kleinbürgertum, so sagt der Autor Grass, * sei „die tragende Schicht des Nationalsozialismus."

Der Film erweckt den Anschein, als wäre der Faschismus unter diesen Krämern und Beamten, die sein Inventar ausmachen, entstanden. Plötzlich ist er da, erst in Form von Uniformen und Abzeichen, dann als bewaffnete Macht. Und weil Schlöndorff sich einmal darauf eingelassen hat, seinen Film aus der Zwergenperspektive des Verweigerers Oskar zu erzählen, schenkt er sich auch jeden Hinweis auf die wirkliche Klassenbasis des Faschismus, auf die geschichtlichen Hintergründe der Geschehnisse. Aus dieser Sicht werden die Ereignisse in eine Folge von absurden und lächerlichen Szenen aufgelöst.

So sieht man etwa einen bedrohlichen Aufmarsch von uniformierten Nazis. Unter dem Takt von Oskars Trommel jedoch beginnen die eben noch stramm „Heil!" schreienden Massen in Zweierpaaren Walzer zu tanzen. Oder der Ansturm der Faschisten auf die polnische Post zu Danzig wird so gezeigt: In einem Raum des unter Beschuß stehenden Gebäudes sitzen Oskar, sein Onkel und ein tödlich verwundeter Pole und spielen Karten. Und der Onkel fleht den Verletzten an, noch nicht so bald zu sterben, weil er ein so gutes Blatt auf der Hand hat. Den Krieg erlebt man als Picknick, das eine Liliputaner-Truppe auf einem Bunker des Westwalls veranstaltet usw. usf.

Dazwischen nimmt sich Schlöndorff noch reichlich Zeit, ausgiebig und in Großaufnahme ins Bild zu bringen, wie sich seine Kleinbürger besaufen, wie sie huren und sich auskotzen. Angesichts eines solchen Panoptikums der Widerlichkeit ist es auch nicht verwunderlich, daß die Niederlage des Faschismus und der Vormarsch der Roten Armee nur als ein neuer Schrecken nach den schon überstandenen hingestellt wird. Die Rotarmisten, die in den Keller, wo sich Oskar mit seinen Angehörigen aufhält, eindringen, machen sich zuerst einmal über die Frauen her. Ein weiterer Sowjetsoldat mit Schlitzaugen(!), der gerade nicht auf diese Weise beschäftigt ist, macht mit einer MG-Salve grundlos Oskars Vater nieder. Minutenlang zeigt Schlöndorf nach Italo-Western-Manier den sich aufbäumenden, zuckenden Körper, der immer mehr von der Garbe zerfetzt wird.

Bei solchen Szenen wird der reaktionäre Charakter dieses Films noch einmal überdeutlich. Er verrät überall die Handschrift des Antikommunisten und SPD-Propagandamanns Grass. Und nachdem der amerikanische Konzern „United Artists" die „Blechtrommel" so gut ins Geschäft gebracht hat, kündigte Grass schon eine Fortsetzung des Films an. Man kann nur hoffen, daß Schlöndorff, der nicht nur mit seiner „Katharina Blum", sondern auch durch sein persönliches Engagement gezeigt hat, daß er dem Bonner Staat kritisch gegenübersteht, die Finger davon läßt.

Über die Ereignisse des 17. Juni 1953 gibt es bei vielen Menschen in beiden Teilen Deutschlands noch Unklarheiten, mangelnde oder falsche Informationen, falsche Einschätzungen. Als einen Beitrag zu diesem Thema besprechen wir im folgenden den Roman „5 Tage im Juni" von Stefan Heym. Im letzten Jahr brachte der „Rote Morgen" Nr. 24 den Bericht eines Zeugen der Ereignisse.

Stefan Heym: Literaturkritik

„5 Tage im Juni"

„5 Tage im Juni" von Stefan Heym ist ein Roman über den 17. Juni 1953. Angelegt ist dieser spannende Roman als eine Reihe von minutiösen Stundenprotokollen, in denen sich das Geschehen vom „Sonnabend 13. Juni 1953, 14 Uhr" bis zum „Mittwoch, 17. Juni 1953" spiegelt. Eingestreut zwischen diese Protokolle sind verschiedene Dokumente, authentische Rundfunknachrichten und Zitate, die das Gesamtbild abrunden.

Hauptfigur der Handlung des Romans ist der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung des VEB Merkur, Martin Witte. Witte steht im Widerspruch zu gewissen revisionistischen- und arbeiterfeindlichen Beschlüssen der Führung der SED und nimmt den Kampf dagegen auf. Der Leser verfolgt Wittes Weg durch die verschiedenen Bereiche, Schauplätze, Schichten und Institutionen der damals noch sozialistischen DDR; er lernt den Parteisekretär Banggartz, den Betriebsleiter Dr. Rotluff, zahlreiche Arbeiter des VEB Merkur sowie Regierungsfunktionäre und sowjetische Offiziere kennen; er wird mit Westagenten wie Gadebusch und Hofer konfrontiert. Die handelnden Personen des Romans sind lebendig dargestellt; sie repräsentieren unterschiedliche Klassen, Schichten und Bestrebungen; sie vermitteln ein gutes Bild der widerspruchsvollen sozialistischen Gesellschaft in der DDR zu Beginn der 50er Jahre.

Heyms Roman über den 17. Juni gibt ein im wesentlichen realistisches Bild der Kräfte und Widersprüche, die zu dem konterrevolutionären Putschversuch des 17. Juni führten, und der Vorgänge des 17. Juni selbst. Er enthüllt Ursache und Hintergründe dieses 17. Juni: die Wühl- und Sabotagetätigkeit aus dem Westen, die Tätigkeit imperialistischer Agenten und die Rolle der sogenannten Ost-Büros der SPD; weiter die falsche Politik der SED in der Frage der Normenerhöhungen, den bürokratischen Arbeitsstil der Partei, ihr Sektierertum, ihre Entfernung von den Arbeitern usw.

In eindrucksvollen Szenen und Begebenheiten baut der Roman die Entwicklung zum 17. Juni vor dem Leser auf: Da wird ein Betriebsausflug beschrieben, bei dem sich die Unzufriedenheit der Arbeiter auf unterschiedliche Art äußert; da steigern sich Diskussionen im VEB Merkur zu tätlichen Angriffen auf den Parteisekretär; da suchen in einem Laden der Handelsorganisation Provokateure die Stimmung anzuheizen; da bauen die Agenten ihre Organisation aus, knüpfen Verbindungen, suchen die Arbeiter für ihre reaktionären Ziele einzuspannen. Schließlich gibt der Roman eine Darstellung der Zusammenrottungen, Plünderungen, Demonstrationen, der Ereignisse des 17. Juni selbst.

„Wir haben eine Niederlage erlitten", sagt die Hauptfigur Witte, „und einen Sieg errungen, beides. Sieg und Niederlage sind relative Begriffe; alles hängt davon ab, was wir aus unserem Sieg machen und wieviel wir aus unserer Niederlage lernen." — Zwar läßt nun Witte ein paar Vorschläge folgen, aber sie haben keine Überzeugungskraft. Ein resignativer Zug liegt über dem Roman.

Die Resignation läßt sich am klarsten an der Hauptfigur Witte festmachen. Witte führt seinen Kampf nicht wie ein Kommunist, sondern als ein individualistischer Einzelkämpfer. Natürlich, solche Einzelkämpfer hat es am 17. Juni sicher gegeben. Nur: Der Roman stellt diesen Einzelkämpfer in den Mittelpunkt, macht ihn zum Schlüssel für die historische Entwicklung nach dem 17. Juni. Sicher ist dieser

Stefan Heym, „5 Tage im Juni", 265 Seiten, Fischer-Taschenbuch 1813, 7,80 DM.

Witte aufrichtig, gutwillig, gutmütig; aber als einzelner Gutwilliger muß er scheitern und resignieren. Er hat nicht die Perspektive der Klasse, die letztlich nicht zu schlagen ist, auch wenn sie sich in einer komplizierten Situation befindet, auch wenn sie vorübergehend eine schwere Niederlage erleidet. Für Witte ist die Niederlage endgültig. Er erklärt zwar noch: „Ich meine es als Verpflichtung für Genossen mit Herz, aus dieser Partei ihre Partei zu machen." Aber das Herz des einzelnen allein reicht eben nicht, wenn es ermüdet, ist die Sache verloren — wie der Ausgang des Buches zeigt.

Stefan Heym ist kein Kommunist. Dies zeigt sich deutlich an seiner Hauptfigur Witte, mit dem ihm zwar eine sympathische, lebendige und kämpferische, aber eben keine kommunistische Romanfigur gelungen ist. Eine negative Seite des Buches besteht auch in dem Streben Heyms, die Person Stalins gleichsam noch posthum in das Geschehen des 17. Juni hineinzuverwickeln. In der Behandlung Stalins weicht Heym von seiner sonst im Roman praktizierten Methode der Analyse und fundierten Darstellung ab. Er bringt Anspielungen, Andeutungen, er macht Stimmung. Ein Verfahren, das er leider in seinem neuen Roman „Collins" ausgebaut hat.

Trotz der besprochenen Mängel und Fehler jedoch bleibt „5 Tage im Juni" ein Zeit- und Literaturdokument, das sich zu lesen lohnt.

Louis Fürnberg
Einheitsfrontlied

Denn einer allein ist nur einer,
und damit ist noch nichts gemacht.
Den einen kann man erschlagen,
aber alle sind eine Macht.

Und es geht heute nicht zum Spiele,
es geht um die letzte Schlacht.
Da ist der eine nur einer,
aber alle sind eine Macht.

Und die dich ins Elend getrieben,
die dich um dein Brot gebracht,
der eine wird sie nicht bezwingen,
aber alle sind eine Macht.

Und die dich blutig geschlagen,
geworfen in Not und Nacht;
der eine wird sie nicht verjagen,
aber alle sind eine Macht.

Und die das nicht erkennen,
die haben es nicht bedacht,
daß der eine allein zu schwach ist,
aber alle sind eine Macht.

Am 24. 5. 1979 wäre der deutschsprachige Lyriker Louis Fürnberg 70 Jahre alt geworden. Aus einer Kleinbürgerfamilie in Iglau/Mähren stammend, fand Fürnberg bald zur Arbeiterbewegung. 1928 wurde er Mitglied der KP der Tschechoslowakei. Er arbeitete als Journalist, Schriftsteller und leitete die bedeutendste Agitprop-Truppe der Tschechoslowakei, „Echo von links". 1939 von den Nazis verhaftet, emigrierte er nach geglückter Befreiung nach Palästina. 1946 kehrte er in die befreite Tschechoslowakei zurück. 1954 siedelte er nach Weimar in die DDR über. Er starb vor 22 Jahren, am 23. Juni 1957.

Fürnbergs literarisches Schaffen war eng mit dem Kampf der Arbeiterklasse verbunden. Seine Lyrik ist vielfältig: Agitprop-Gedichte, Songs, szenische Kantaten, aber auch erzählende Poeme, feinfühlige Natur- und Landschaftsgedichte, poetische Betrachtungen, Bekenntnisverse. Fürnberg trat auch als Erzähler und Übersetzer hervor. In der Arbeiterbewegung besonders bekannt wurde sein „Lied der Partei".

Stefan Heym

Stefan Heym, geboren 1913, emigrierte 1933 aus Deutschland, zunächst in die Tschechoslowakei, dann in die USA. Als Offizier der amerikanischen Armee nahm er am zweiten Weltkrieg teil, kehrte nach Deutschland zurück, wurde Besatzungssoldat. Wegen seiner prokommunistischen Haltung wurde er zunächst in die USA zurückversetzt, dann aus der Armee entlassen. 1952 übersiedelte er in die DDR.

Heym trat als Romanschriftsteller, Erzähler, Essayist und auch als Dramatiker hervor. Seine ersten Romane erschienen zunächst in englischer Sprache: „Der Fall Glasenapp", der den nationalen Widerstand des tschechischen Volkes gegen den Faschismus behandelt; „Kreuzfahrer von heute", in dem Heym seine Kriegs- und Nachkriegserlebnisse als amerikanischer Offizier gestaltet und die Hintergründe der amerikanischen Kriegsführung und Politik aufdeckt; „Goldsborough", der den amerikanischen Bergarbeiterstreik von 1950 zum Hintergrund hat. In dem historischen Roman „Die Papiere des Andreas Lenz" (1963) werden die Kämpfe des Jahres 1849 in Baden geschildert.

1953 erhielt Stefan Heym in der DDR den Heinrich-Mann-Preis, 1956 den Literaturpreis des FDGB und 1959 den Nationalpreis der DDR. Später geriet Heym in zunehmenden Widerspruch zur DDR-Führung. Wachsenden Anfeindungen ausgesetzt, wurde Heym in der vorletzten Woche zusammen mit anderen Autoren aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen.

Wenn auch kein Kommunist, so ist Heym doch ein fortschrittlich-bürgerlicher Schriftsteller. Es wäre schade, wenn er sich durch die schwierige Situation, in der er sich befindet, weiter in die Arme der westlichen Imperialisten treiben lassen würde; wenn er, wofür es in seinem neuen Buch „Collins" Anzeichen gibt, zu antikommunistischen Ausfällen Zuflucht nehmen würde.

Wir werden in einer späteren Ausgabe noch einmal auf Stefan Heym zurückkommen.

Nazis raus aus Frankfurt!

Sachsenhausener bereiteten sich auf den Empfang der Nazis vor



Die Gewerkschaftsjugend im Demonstrationszug.

Das größte Polizeiaufgebot in der Geschichte Frankfurts hatte CDU-Wallmann aufgefahren, um — wie vor einem Jahr — die Neonazis zu schützen und um gegen die Antifaschisten vorzugehen.

Diesmal nun muß ihn die Zahl der demonstrierenden Antifaschisten zur Mäßigung bewogen haben. Die Polizei wagte jedenfalls nicht, gegen die Antifaschisten vorzugehen, als diese sich in Richtung Römerberg in Bewegung setzten.

Der Römerberg selbst war mit Panzerwagen des Bundesgrenzschutzes und Metallgittern derart abgesperrt, daß ein Betreten nicht möglich war. Immer wieder verlangten die Demonstranten in Sprechchören: „Nazis raus!" Diese Parole war auch auf zahlreichen Stockschildern zu finden.

Im Frankfurter Stadtteil Sachsenhausen, den die Neonazis für ihre Demonstrationsroute ausgewählt hatten, war die Bevölkerung auf den „Empfang" der Nazis gut vorbereitet. Anwohner des Stadtteils und Mitglieder der Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke hatten frühzeitig ein Treffen durchgeführt, auf dem Aktivitäten beraten worden waren. Unter anderem wurde ein Plakat gegen das Nazi-Treffen entworfen, das die Route entlang und darüber hinaus geklebt wurde. Unzählige Transparente wurden gemalt: „Sachsenhäuser gegen Nazis", die dann aus den Fenstern heraushingen. In den Straßen in der Nähe der Route gab es kaum noch eine Mauer, kaum einen Zaun ohne Parolen.

In einigen Straßen unterschrieben bis zu 90 Prozent der Bewohner die Forderung nach Verbot des Nazi-Aufmarsches!

Am Vorabend des 16. schließlich prangte Sachsenhausen entlang der Route von Transparenten, Schildern, Plakaten und Parolen, die für die Nazis eine deprimierende Abfuhr bedeutet haben müssen.

Die Faschisten selbst wagten sich nicht in die Stadt hinein und zogen schließlich nach Alzenau in Bayern. Aber auch dort sahen sie sich einem eilig bemalten Bettlaken mit der Aufschrift „Nazis raus aus Alzenau!" gegenüber.


Panzerwagen des Bundesgrenzschutzes besetzten den Römerberg.


Ein Block der Roten Garde nahm an der Demonstration teil.

Fahndungsraster bedroht Werktätige

Wie durch die Diskussion um die Niederschießung von Rolf Heißler ans Tageslicht kam, hat die Polizei ein neues Merkmal in ihr Fahndungs-„Raster" eingeführt: „Wohnt in Altbauhäusern, möglichst mit Ausländern". Mit der Einführung dieses Fahndungsmerkmals sind Tausende von Bewohnern in Arbeitervierteln bedroht, das Opfer einer Polizeifahndung zu werden.

Nur zufällig nicht tot

Nur durch Zufall ist Rolf Heißler dem Tod entgangen, weil er bei der Abgabe des Polizeischusses instinktiv seine Tasche hochgerissen hatte, die die Kugel abfälschte. Eigentlich war der Schuß wohl tödlich gemeint gewesen. Der Anwalt Heißlers hat inzwischen Strafanzeige wegen versuchten Mordes erstattet.

Untersuchung gefordert

„Amnesty International" ist von seiner deutschen Sektion aufgefordert worden, das Vorgehen der deutschen Polizei bei der Erschießung von Elisabeth von Dyck zu untersuchen. Falls sich herausstellen sollte, daß nicht in Notwehr geschossen worden sei, solle „Amnesty International" bei den deutschen Behörden vorstellig werden.

Botschafter für Deutschland

Der Botschafter der Bundesrepublik in Neuseeland, Dr. Karl Doering, gehörte während der Nazizeit als Hauptsturmführer der Waffen-SS an. Doering sei 1948 „entnazifiziert" worden, gab das Bonner Außenministerium zur Entschuldigung an.

SS-Arzt verliert Vermögen

Auf Beschluß der Spruchkammer Berlin wird jetzt endlich der frühere SS-Hauptsturmführer Dr. Aribert Heim in Abwesenheit zu einer solchen Geldstrafe verurteilt, daß der Besitz an einem ihm gehörenden Wohnhaus in Berlin eingezogen werden kann. Während der Nazizeit hatte Heim als KZ-Lagerarzt in Mauthausen zahlreichen Häftlingen Benzin und Chlormagnesium unmittelbar in das Herz gespritzt und sie dadurch bewußt getötet.

800 Unterschriften...

...sammelte die Initiative gegen Reaktion und Faschismus in Bremen gegen die Verjährung von Naziverbrechen. Zu einer Veranstaltung der Initiative kamen hundert Personen, die sich nach einem Vortrag der Hamburger „Konkret"-Journalistin Peggy Parnass — bekannt durch ihre kritischen Gerichtsreportagen und ihre aufrichtige antifaschistische Gesinnung — an einer regen Diskussion über die Nazi-Verbrechen beteiligten.

Berufsverbot

Der Bremer Atomphysiker Jens Scheer ist wegen „herausragender Aktivitäten für die verfassungsfeindlichen Ziele der KPD" aus seinem Amt als Hochschullehrer entfernt worden. Jens Scheer legte Berufung ein.

Gewerkschafter protestieren

Eine Konferenz von Gewerkschaftern der IG Metall hat gegen die Bespitzelung von Studenten in Reutlingen durch den Verfassungsschutz protestiert. **„Die Bespitzelung der Studenten richtet sich letzten Endes auch gegen Aktivitäten der Gewerkschaften. Als Beispiel dient der 1. Mai 1979, wo bei Demonstration und Kundgebung von uniformierter und ziviler Polizei fotografiert und observiert wurde"**, heißt es in einer Erklärung der Gewerkschafter.

Strauß hetzt zur Revanche

„Landsmannschaften" werden belebt

Ein unverschämter Brief nach Prag

Kaum ist Carstens zum Bundespräsidenten gewählt, kaum hat F.J. Strauß seine Kanzlerkandidatur angekündigt, da rühren sich auch wieder stärker die revanchistischen „Landsmannschaften".

„Sudetendeutscher Tag" in München, „Ostpreußentreffen" in Köln, „Bundestreffen der Danziger" in der Kieler Ostseehalle und „Deutschlandtreffen der Schlesier" in Hannover — der Ruf nach Revanche für die Ergebnisse des zweiten Weltkriegs wurde auf diesen Treffen — wie bisher jedes Jahr — neu aufgebrüht. Kein Wunder, daß ein F.J. Strauß sich hier persönlich sehen ließ. In München ließ er sich als „Symbol der Freiheit" feiern.


F.J. Strauß auf der Revanchistenkundgebung

„Er ist mit allem Drum und Dran eine Stimme Bayerns und für viele Mitbürger eine Stimme dessen geworden, was frei ist in Deutschland und Europa", so der Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft", Becher, der die „Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937" verlangte. Strauß blieb seinem Ruf nichts schuldig und erklärte, die EG [das Europa der Monopole] sei „in die Pflicht genommen, stellvertretend für alle Europäer zu sprechen", da Europa „nicht an Elbe und Böhmerwald" ende.

Da ist er wieder, der arrogante, revanchistische Alleinvertretungsanspruch des Bonner Staates, jetzt sogar in Form eines vom westdeutschen Imperialismus geführten Europa erhoben. Dieser Alleinvertretungsanspruch wurde auch auf anderen Revanchistentagungen erhoben, so vom CDU-Abgeordneten Henning in Köln: „Wir wollen Deutschland, und Ostpreußen ist Deutschland. Wir werden unser Recht mit Zähnen und Klauen verteidigen." So auch in der Kieler Ostseehalle, wo Revanchistenchef Roick erklärte, Danzig sei und bleibe eine deutsche Stadt. Die jetzigen Grenzen in Europa seien keine vollendeten Tatsachen!

So als hätte es den faschistischen Raubkrieg Hitlers gegen die osteuropäischen Völker nie gegeben, als wäre nie der Plan verfolgt worden, in einem Europa „bis zum Ural" die osteuropäischen Völker für die „arische Herrenrasse" als Sklaven arbeiten zu lassen, erheben die Revanchisten frech ihr Haupt und fordern Gebiete, die ihnen nicht gehören.

Als eine besondere Unverschämtheit muß der Brief gewertet werden, den der „sudetendeutsche" Sprecher Becher an den tschechoslowakischen Staatspräsidenten schickte und in dem es heißt:

„Ich erlaube mir, Ihnen (...) auch auf diesem Wege anzuzeigen, daß die ‚Tschechoslowakische Sozialistische Republik' keinen wie immer gearteten Anspruch auf die rechtmäßig und jahrhundertelang von Deutschen bewohnten Gebiete Böhmens, Mährens und Sudetenschlesiens hat." Und die Aussiedlungen nach dem Kriege seien „Verbrechen gegen die Menschenrechte" gewesen, „für dessen Vollzug Sie ebenso mitverantwortlich sind wie Ihre Vorgänger im Amte und die Mitglieder der tschechoslowakischen Staatsregierung seit 1945."

Dieser Brief ist eine Provokation gegen alle Völker, die gegen Hitlers Raubkrieg ihr Blut geopfert haben.

Die revanchistischen „Landsmannschaften" sind zu keiner Zeit in ihrer Tätigkeit vom Bonner Staat eingeschränkt worden, auch nicht zur Zeit des Abschlusses der Ostverträge. Sie werden nur jetzt wieder stärker ins Rampenlicht gehoben, um die revanchistischen Ansprüche des westdeutschen Imperialismus vor aller Welt wieder in Erinnerung zu rufen. Kein Wunder, daß das gerade zu einem Zeitpunkt geschieht, wo mit der Wahl von Carstens zum Bundespräsidenten und dem Griff F.J. Strauß' nach der Macht eine offen reaktionäre Phase der Bonner Politik eingeleitet werden soll.

Skandalöser Kühnen-Prozeß

Nazi-Führer Lauck darf einreisen!

Bundeswehr-Einheit plante Heß-Befreiung im Sandkastenspiel


Neo-Nazi Lauck (Mitte) mit deutschen Gesinnungsfreunden.

Im Prozeß gegen den Anführer der neonazistischen „Hansa-Bande", Kühnen, in Bückeburg besteht die „Öffentlichkeit" hauptsächlich aus faschistischen Gesinnungsfreunden der sechs Angeklagten und aus abkommandierten Polizeibeamten.

So sind die Faschisten — fast — unter sich und bestimmen die ganze Atmosphäre im Gerichtssaal. So dürfen Antifaschisten ungestraft als „jüdische Spitzel" und als „Klarsfeld-Bande" beschimpft werden.

Bezeichnend ist, was die faschistischen „Kronzeugen", die allesamt ihre früheren, Kühnen belastenden Aussagen zurückgenommen haben, mit ihren Aussagen ans Licht bringen. So prahlte der ehemalige Stabsunteroffizier Schulte, daß er bei der Bundeswehr von „alten Wehrmachtsoffizieren auf den Weg des Nationalsozialismus" gebracht worden sei und berichtete von „Sandkastenspielen" zur Befreiung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß in der „Bismarck-Kaserne" in Wentorf.

Die größte Provokation gegen alle Antifaschisten erlaubte sich aber das Gericht mit dem Beschluß, den US-amerikanischen Anführer der „NSDAP(AO)", Gerhard Lauck, in die Bundesrepublik „mit freiem Geleit" einreisen zu lassen, um seinen „Jünger" Kühnen zu entlasten. Damit will das Gericht demonstrieren, daß hier nur sechs Faschisten um Kühnen wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung" angeklagt werden, und sonst niemand.

In Wirklichkeit ist Lauck der eigentliche Drahtzieher der neonazistischen Banden und gehört sofort eingesperrt, wenn er die Grenzen unseres Landes überschreitet. Daß einer solchen Forderung nicht nachgekommen wird, ist bezeichnend für die deutsche Justiz, die offenbar dem Erstarken der Neonazis den Weg bahnen will.

Boykottiert die Fähre!

Volkskorrespondenz aus Kiel

Blokade

Man hat unsere Arbeitsplatz an eine Deutsche Rhederei - die übrigens unter Piratenflagge fährt - verkauft. Man wünscht auf dieser Weise die Dänische Tarif-Vertrag zu vernichten.

Das heisst, dass wir alle, die mitgearbeitet haben, um dieser Route aufzubauen, heute arbeitslose sind. Es geht um 150 arbeitsplätze.

Die ganze Anlage - Havneby, die Hafen, Strassen und Parkplätze - sind alle mit Dänische Staatsmitteln gebaut. Das heisst, dass wir - die Dänische Steuerbezahler - das alles bezahlt haben.

Der Rømø-Dam ist gerade für etwa 20 Millionen Kronen renoviert geworden. Das ist in höchster Grad zur Gunst der Fährroute. Wer hat das bezahlt? - Wir, unter anderen, die heute auf der Strasse geschmissen werden.

WIR FORDERN DESHALB EIN TARIF-VERTRAG MIT DER FÖRDE RHEDEREI - NACH DÄNISCHE GEWERKSCHAFTSREGELN. WIR WOLLEN NICHT DIE RECHNUNG DER RHEDEREI MIT ARBEITSLOSIGKEIT BEZAHLEN.

DESHALB: FAHREN SIE NICHT MIT DER RØMO-SYLT FÄHRE, EHE WIR EIN KOLLEKTIVER TARIF-VERTRAG BEKOMMEN HABEN!

UNTERSTÜTZEN SIE UNS IN UNSER KAMPF!

LASSEN SIE DIE FÄHREN LEHR FAHREN!

Das Fährpersonal

Tryk: Tjenerforbundet

Flugblatt des dänischen Fährpersonals.

Über Pfingsten fuhren meine Frau und ich nach Sylt. Um Geld zu sparen, wollten wir die Fährverbindung Röm/Sylt benutzen. Uns war wegen mangelnder Berichterstattung in den Zeitungen nicht mehr gegenwärtig, daß dänische Seeleute seit mehr als einem Monat diese Fährverbindung schon durch Streik versuchen zu boykottieren. Umso erstau ter waren wir, als wir in Röm ein fast vollständig leeres Hafengebiet vorfanden. (Wir waren auf lange Wartestaus gefaßt gewesen.)

Der Grund wurde uns schnell klar, als wir an der Einfahrt plötzlich von dänischen jungen Leuten zur Seite gewunken wurden, die uns durch gemalte Parolen, Büchertische, Flugblätter und höfliche, aber bestimmte Bitten zum Umkehren bewegen wollten. Im Gespräch erklärten sie uns die näheren Umstände des Streiks, und daß sogar die dänische Gewerkschaft, aber vor allem die Öffentlichkeit hinter ihnen stehe. Sie wiesen auf dänische Polizei hin, die es im Hintergrund den Streikbrechern ermöglichte, die Fähre doch nach Sylt (wenn auch unregelmäßig) fahren zu lassen.

Unter dem dankbaren Beifall der dänischen Seeleute kehrten wir daraufhin um, und wir waren nicht die einzigen. Bis auf ein Dutzend Fahrzeuge (der besseren Preisklasse) blieb die bestreikte Fähre an jenem Morgen unbesetzt.

Nachrichten aus Münsters guter Stube

Volkskorrespondenz aus Münster

Der Chef eines größeren Kunstgewerbegeschäftes mit Zweigstellen in Münsters City hat auf seinem Weg zum Reichtum, oder bescheidener, Wohlstand, recht merkwürdige Praktiken gegenüber den Angestellten entwickelt. Obwohl es ihm nicht an Geld fehlte, die Zahl der Verkäuferinnen stetig zu erhöhen und die Verkaufsfläche durch Eröffnung von Filialen zu vergrößern, sah er sich bislang nicht in der Lage, einen vorschriftsmäßigen Aufenthaltsraum und eine zumutbare Toilettenanlage für seine Angestellten zu schaffen.

Damit keiner aufmuckt, versucht er, die Angestellten gegeneinander auszuspielen, so verbietet er ihnen z.B., sich gegenseitig über ihr Gehalt zu informieren, und zur Überwachung hält er sich seine Lieblinge. Beschwerden und Wünsche sollen ihm (vergleichbar mit der Regelung bei der Bundeswehr) von jedem einzeln vorgetragen werden. Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ist unerwünscht. Ein Lehrling, von dem er erfuhr, daß er Gewerkschaftsmitglied ist, wurde nach der Lehre gefeuert.

Ergänzend dazu gewährt er keinen Einblick in Tarifverträge. Und selbst um die lächerlich geringen Lohnerhöhungen im Rahmen der Tarifrunden, sowie um Urlaubs und Weihnachtsgeld müssen mit ihm in schöner Regelmäßigkeit Auseinandersetzungen geführt werden. Als letztens jemand von der Gewerkschaft in den Laden kam und an die Angestellten Informationen über die neuen Tarife verteilte, kam sogar heraus, daß er sie teilweise noch unter Tarif bezahlt.

Sein unglaublicher Kommentar: Wenn ich Sie nach Tarif bezahlen soll, dann muß ich eben eine Angestellte entlassen, und das tat er dann auch.

Ein besonderes Herz hat er für Lehrlinge, um deren Notlage er natürlich weiß. Während des letzten Altstadtfestes ließ er sie z.B. an einem Stand vor dem Laden u.a. belegte Brötchen verkaufen für ca. 1,75 Mark. Da bleibt selbst bei hoch angesetzten Unkosten ein Geschäftsergebnis von mehr als 1 Mark pro Brötchen. Bei einem Tagesumsatz von 1.000 Mark (von ihm sollen bis zu 1.7000 Mark erzielt worden sein) macht das 650 Mark Gewinn pro Tag. So verhalf er den Lehrlingen dazu, innerhalb von zwölf Tagen (verteilt über das Jahr) das Jahresgehalt von drei Lehrlingen zu erwirtschaften. Ein genialer Beitrag zur Ausbildungsplatzbeschaffung.

Disco-Ausweise

Volkskorrespondenz aus Münster

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Artikel 3, Absatz 3 Grundgesetz.

Für die ausländischen Discothekenbesucher von „Tenne“ und „Pferdestall“ ist dieses Grundrecht inzwischen offiziell außer Kraft gesetzt: Ausländische Jugendliche brauchen danach für den Besuch dieser Discotheken „Ausländer-Clubausweise“, die nur in begrenzter Anzahl ausgegeben werden. Ferner müssen sie eine Erklärung unterschreiben, daß sie sich allen Anweisungen des Geschäftsführers fügen. (Weshalb nicht auch gleich eine Neuauflage des Judensterns?)

Hier sieht man, was die Grundrechte der Verfassung in der Praxis wert sind. Sie gelten nur so lange, wie sie den Geschäftsinteressen nicht im Wege sind.

Während deutsche Touristik- und andere Vergnügungsunternehmen sich der schönsten Gegenden in den Heimatländern der „Gastarbeiter“ bemächtigen (z. b. der spanischen Sonnenstrände), um sie für ihre Gewinne mit Urlaubssilos zu verschandeln, werden die Ausländer, die hierzulande hart arbeiten müssen, zum Dank dafür auch noch diskriminiert.

Sind schon die rassistischen „Moralvorstellungen“ des „Tenne-Pferdestall“-Besitzers skandalös, so ist es doch der Gipfel, daß sie auch noch ungestraft praktiziert werden dürfen. Abgesehen davon, daß ich ohnehin keinen Wert auf den Besuch der oben bezeichneten Etablissements legen würde, sollten sich auch diejenigen, die dort bislang gerne mal das Tanzbein schwingen, überlegen, ob sie mit ihrem sauer verdienten Geld die Vorreiter neonazistischer Praktiken unterstützen wollen

„CC und Faschisten raus aus Coburg“

Volkskorrespondenz aus Coburg

Wie im RM Nr. 23 berichtet, gründete sich in Coburg eine „Initiative gegen den Coburger Convent“, um einen breiten Protest gegen das provokatorische Treffen der Landsmannschaften planmäßig zu entfalten.



„Engbrüstig, beschränkt und rückständig“. Deutsche Burschenschafter.

Mit Flugblättern, Plakaten, Aufrufen, in zahlreichen Gesprächen wurde in den verbleibenden 2 bis 3 Wochen unter der Losung „Kein CC mehr in Coburg“ und „Verbot der Mahnstunde“ mobilisiert. Die Initiative mußte allerdings feststellen, daß von Organisationen, die sich sonst so antifaschistisch geben, von den Jusos. VVN, DKP bis zum DGB, keinerlei Stellungnahmen, geschweige denn eine Unterstützung kam.

Auf der anderen Seite stellten wir z.B. beim Flugblattverteilen, bei einem Infostand fest, daß die Initiative keineswegs isoliert mit ihrer Meinung, mit ihren Forderungen vor den Coburgern steht. Im Gegenteil, Äußerungen wie „Da habt Ihr recht, das gehört schon längst verboten“ waren nicht selten. Auch die Reaktionen der Stadt, die ständigen Äußerungen des OB Höhn zur „Initiative“, die offizielle Stellungnahme der CC-Führer zur Initiative, zeigen deutlich, daß sie Angst haben, daß es eben keineswegs stimmt, wenn unverschämterweise vom OB behauptet wird, „ die Coburger Bevölkerung steht fest mit dem Convent zusammen“.

Die Höhepunkte der Aktivitäten der „Initiative gegen den CC“ waren dann das Anti-CC-Fest in einer Coburger Kneipe, deren Wirte sich solidarisch zeigten und z.B. auch keinem der Corporierten Zutritt gewährten. Ca. 80 bis 90 Besucher verfolgten aufmerksam das Programm, 40 Unterschriften für ein Verbot des CC konnten u.a. gesammelt werden. Am Montag nachmittag demonstrierten schließlich ca. 60 Demokraten und Antifaschisten, darunter auch einige Mitglieder der DGB-Jugend durch die Stadt.

Seit langer Zeit schallten wieder einmal antifaschistische Parolen durch die Straßen Coburgs. Immer wieder wurde gerufen „CC und Faschisten raus aus Coburg“. Auf der Abschlußkundgebung wurde der Zusammenhang dieses Kampfes gegen das reaktionäre Treiben des CC mit dem heutigen gesamten antifaschistischen Kampf vom Redner aufgezeigt. Insgesamt war dies ein guter Anfang und die „Initiative gegen den CC“ wird im Laufe des Jahres ihre Arbeit fortsetzen, um dem Coburger Convent im nächsten Jahr einen noch breiteren Widerstand entgegenzusetzen.

Roter Pfeffer · Straßentheater

Unter dem Motto „Neues von der Straße, Vorder- und Hinterhaus“ wird der „Rote Pfeffer“ am 29. Juni 1979 ab 21 Uhr in der Kneipe „Straßenbahn“, Laubacher Straße in 1000 Berlin 41, sowie zum letzten Mal vor der Sommerpause am 9. Juli 1979 ab 20.30 Uhr im „Gasthaus an der Havel“ an der Freybrücke in Spandau zu sehen sein. Auf dem Programm stehen Lieder, Szenen, Sketche zum politischen Alltag.

Albanien im 35. Jahr der Befreiung

Das Licht aus den Bergen



Die Baustelle des Wasserkraftwerks „Licht der Partei" am Drin.

Die rauhe Bergwelt des albanischen Nordens kommt am ehesten den Vorstellungen entgegen, die sich der Ausländer gemeinhin vom „Land der Skipetaren" macht. Schier endlos türmen sich hintereinander schroffe Bergketten auf. Und dort, wo ein Tal den Blick freigibt, sieht man in der Ferne die schneebedeckten Kappen der albanischen Alpen matt im Dunst leuchten.

Diese Region war wohl wirklich einer der abgelegensten und unzugänglichsten Teile Europas. Die jäh abfallenden Felswände, die steilen Geröllhänge, die tiefen vom Wildwasser in die Berge gerissenen Schluchten — all das waren fast unüberwindliche Hindernisse. Man erzählt sich noch heute in Albanien Geschichten über Dörfer, die hier auf Sichtweite nebeneinanderlagen, die aber dennoch über Jahrhunderte hinweg kaum eine Verbindung miteinander hatten. Denn zwischen ihnen hatte sich der wilde Drin sein Bett gegraben, der längste Fluß Albaniens, der in einer weiten Schleife den Norden durchfließt. Und diesen Drin zu überqueren, das war ein abenteuerliches Unterfangen, ein Wagnis, das oft genug mit dem Tod bezahlt wurde.

Kämpferische Traditionen

Wasser und Felswände trennten aber nicht nur die Menschen, die hier lebten. Sie waren auch deren natürlicher Schutz gegen die fremden Eroberer, die in all den Jahrhunderten ihren Fuß auf die albanische Erde setzten. Die Bewohner der großen Ebenen hatten besonders stark unter dem Joch der Besatzer zu leiden, insbesondere dem der Türken, deren Herrschaft über Albanien fünf Jahrhunderte andauerte. Die Bauern und Hirten aus dem Norden konnten sich dagegen immer eine gewisse Unabhängigkeit wahren. Und das war nicht nur auf den Schutz zurückzuführen, den ihnen die Berge gewährten.

Diese zerklüftete Region hat auch einen besonderen Menschenschlag hervorgebracht. Wenn man sagt, ihm sei das Gewehr schon in die Wiege gelegt worden, so ist das nicht etwa nur eine Umschreibung für die kämpferische Tradition dieser Menschen. Es ist wortwörtlich so gemeint. Denn hier im Norden bekam das Neugeborene ein Gewehr als Taufgeschenk. Die Munition dafür wurde dann von Verwandten und Freunden zum zwölften Geburtstag des Kindes zusammengetragen, und an diesem Tag wurde es auch in die Gemeinschaft der waffentragenden Erwachsenen aufgenommen.

Diese kämpferischen und tapferen Menschen, die mit dem Gewehr aufgewachsen sind, haben es den fremden Eindringlingen immer schwer gemacht. Und in den Tälern und Schluchten des Nordens sind ganze Legionen von Türken und Bulgaren, Montenegrinern, Österreichern und Deutschen begraben, die von ihren Herren zur Eroberung dieses Landes ausgeschickt wurden, aber nie mehr nach Hause kamen.



Der Staudamm wird aufgeschüttet. In der Mitte der wasserundurchlässige Lehmkern.

Dennoch besteht kein Grund, die Vergangenheit der Bergbewohner des nördlichen Albanien zu heroisieren. Ihr Leben war äußerst hart, oft konnte man es nicht einmal ein Leben, sondern nur ein Vegetieren nennen. Auf ihren kleinen, dem Berg abgerungenen Landstücken konnten die armen Bauern niemals ihr Brot für das ganze Jahr sichern. Und in den dreißiger Jahren gingen regelmäßig Meldungen über Hungersnöte in Albanien durch die europäische Presse, so wie man heute vom Elend in Indien oder Äthiopien liest.

Wenn man von dem menschenunwürdigen Leben spricht, das die Bauern in den Bergen des Nordens zu erleiden hatten, so muß man auch die geistige Finsternis erwähnen, in der sie von den Herrschenden gehalten wurden, die ihnen im Nacken saßen und sie ausplünderten. Es gab keinen Lehrer in dieser Region, aber ein Heer von Pfaffen, das sich an den mageren Erzeugnissen der Bauern mästete und ihnen predigte, sich mit ihrem elenden Leben abzufinden. Hier waren neben Hunger, Krankheit und Unwissenheit auch rückständige Sitten wie die Blutrache verbreitet, deren sich die Herren bedienten, um die Menschen voneinander zu trennen und niederzuhalten.

Große Veränderungen

Und gerade in dieser Region Albaniens, die früher durch ihre tiefe Finsternis gekennzeichnet war, entsteht heute eines der gewaltigsten Bauwerke der Volksrepublik. Es ist das Wasserkraftwerk „Licht der Partei". Wir sind aus der Ebene auf einer neuen asphaltierten Straße gekommen, die unter großen Opfern und Mühen nach der Befreiung durch die früher so unzugängliche Bergregion gebaut wurde. Hoch über den Tälern schlängelt sich diese Straße an den Berghängen entlang. Und nach einer der vielen Biegungen sehen wir das erste Zeichen für die großen Veränderungen, die in dieser Region durch die kollektive Arbeit der Menschen bewirkt wurden. Tief unter uns liegt eine smaragdgrüne Fläche. Es ist der Stausee, der sich heute schon vierzig Kilometer lang durch die Berge zieht. Nach einigen weiteren Biegungen liegt dann der Staudamm vor uns, der hier dem Drin den Weg versperrt und seinen ungebärdigen Lauf bändigt.

Von hier oben gesehen, wirkt der Damm selbst wie ein Berg, der aus dem Flußbett heraus gewachsen ist. Seine beiden Hänge sind aus Kiesmassen gebildet. Auf der einen Seite liegt der See. Auf der anderen Seite ist eine serpentinenförmige Straße angelegt, auf der große Lastwagen rötlichbraunen Lehm heranfahren, den sie auf dem breiten Kamm des Deichs auskippen. Hier sind eine Unzahl von Baggern und anderen Baumaschinen in Bewegung, die den Lehm verteilen und feststampfen.

Wie ich später erfahre, ist dieser Damm 400 Meter lang, seine Breite unten im Flußbett beträgt 650 Meter. Wenn er fertiggestellt ist, wird man Millionen Kubikmeter Erdmassen für seinen Bau bewegt haben. Und er wird dann noch um weitere 60 Meter auf insgesamt 167 Meter angewachsen sein.

Das ganze Tal vor dem Damm ist eine große Baustelle. An den Hängen Häuser und Baracken, die als Werkstätten und Lager dienen. Unten am Ufer des Flusses ein Betonwerk. Und weiter flußabwärts kann man einige Steinbrüche ausmachen, wo die gewaltigen Erdmassen aus den Bergen herausgesprengt wurden. Auf der anderen Seite des Drin, hinter einer kleinen Anhöhe, liegt der neue Ort Fierza. Fast möchte man diese Zusammenballung von großen mehrstöckigen Häusern eine Stadt nennen. Aber sie ist doch im Augenblick nur eine Siedlung von Wohnheimen, in denen die Bau- und Montagearbeiter Platz finden, die hier am Kraftwerk arbeiten.

Die Sache des ganzen Volkes

In Fierza treffe ich den Genossen Ismail. „Einer unserer besten Ingenieure für Hydrotechnik", hatte man mir vorher gesagt. Er hat, bevor er hierher kam, am Wasserkraftwerk von Vau i Dejes gearbeitet, das am Unterlauf des Drin liegt, dort, wo der Fluß in die Ebene von Shkodra eintritt. Ismail erzählt mir von der großen Arbeit, die hier an der Baustelle seit neun Jahren geleistet wird. Insgesamt haben schon 30000 Männer und Frauen an der Errichtung des Kraftwerks „Licht der Partei" mitgewirkt. Und das waren durchaus nicht nur Bauarbeiter, Monteure und andere Fachleute. Wenn in Albanien ein solches großes Werk in Angriff genommen wird, dann ist sein Aufbau im wahrsten Sinne des Wortes die Sache des ganzen Volkes.

So sind denn auch hierher nach Fierza ganze Scharen von Freiwilligen gekommen. Und wo immer sich ein neuer Frontabschnitt im Aufbau des Sozialismus auftut, ist vor allem die Jugend zu finden. Junge Arbeiter, Studenten, Schüler haben ihre gewohnten Arbeits- und Ausbildungsplätze verlassen, um für ein Jahr oder auch für mehrere Jahre in die Berge des Nordens zu gehen. Und hier, wo unter besonders schwierigen Bedingungen gearbeitet werden muß, sind auch die Kommunisten zu finden. Besonders groß ist unter ihnen die Zahl der Kandidaten. In Albanien gilt die Regelung, daß ein Genosse, der Mitglied der Partei werden will, sich zuvor in einer dreijährigen Kandidatenzeit bewähren muß. Wobei ein Angehöriger der Volksintelligenz während dieser ganzen Periode grundsätzlich in der Produktion arbeiten muß. So ist es üblich geworden, daß viele Genossen während ihrer Kandidatenzeit auf den Großbaustellen des sozialistischen Albaniens arbeiten, sei es bei der Errichtung des metallurgischen Kombinats in Elbasan, der Erschließung neuer Bergwerke oder eben hier in Fierza.

Chinesische Sabotage

Wenig später stehen wir im Maschinenhaus des Wasserkraftwerks. Drei Turbinen sind hier schon installiert und in Betrieb gestellt. Die vierte und letzte hätte schon seit langem aus China kommen müssen. So war es jedenfalls im Vertrag festgelegt. Aber im letzten Jahr haben die chinesischen Revisionisten alle Verträge zerrissen. Wie Ismail mir erzählt, war das jedoch nur der Höhepunkt ihrer Sabotagetätigkeit, mit der sie auch hier verhindern wollten, daß sich das sozialistische Albanien eine starke und unabhängige Wirtschaft aufbaut.

Ursprünglich wurde der Bau des Wasserkraftwerks als gemeinsames chinesisch-albanisches Projekt betrieben. Aber im Jahr 1973, nachdem schon drei Jahre dort gearbeitet worden war, stellten die Chinesen das ganze Projekt in Frage. Urplötzlich hatten sie „entdeckt", daß der Ort gar nicht geeignet wäre, um dort ein Kraftwerk zu errichten. So mußten die Albaner damals den Bau vollständig in die eigene Regie übernehmen. Wie schon beim Wasserkraftwerk von Vau i Dejes wurde auch hier die ganze Planung von albanischen Spezialisten durchgeführt.

Ab 1974 waren nur noch einige Chinesen als Berater auf der Baustelle, zum Beispiel für die Montage von Maschinen, die in China gekauft worden waren. Aber diese Tätigkeit wirkte sich keineswegs zum Nutzen der Arbeit aus. Im Gegenteil — die Herren Berater versuchten mit allen Mitteln den Bau zu verzögern. Ismail nennt ein Beispiel: Um die erste Turbine zu montieren — mit chinesischer „Beratung" — brauchte man vier Monate, und zweimal gab es dabei eine schwere Panne. Die zweite Turbine montierten dann die Albaner alleine; sie brauchten dafür gut zwei Monate, und es gab keine Störungen.

Was die jetzt noch fehlende Turbine betrifft, so wird man sie in der nächsten Zeit im Ausland kaufen. Das Wasserkraftwerk „Licht der Partei" wird dann über eine Leistung von 500000 Kilowatt verfügen. Ismail erläutert mir diese abstrakte Zahl durch einen plastischen Vergleich. „Wenn wir dieses Kraftwerk fertiggestellt haben, wird Albanien an einem halben Tag soviel elektrische Energie erzeugen wie vor der Befreiung während eines ganzen Jahres.".

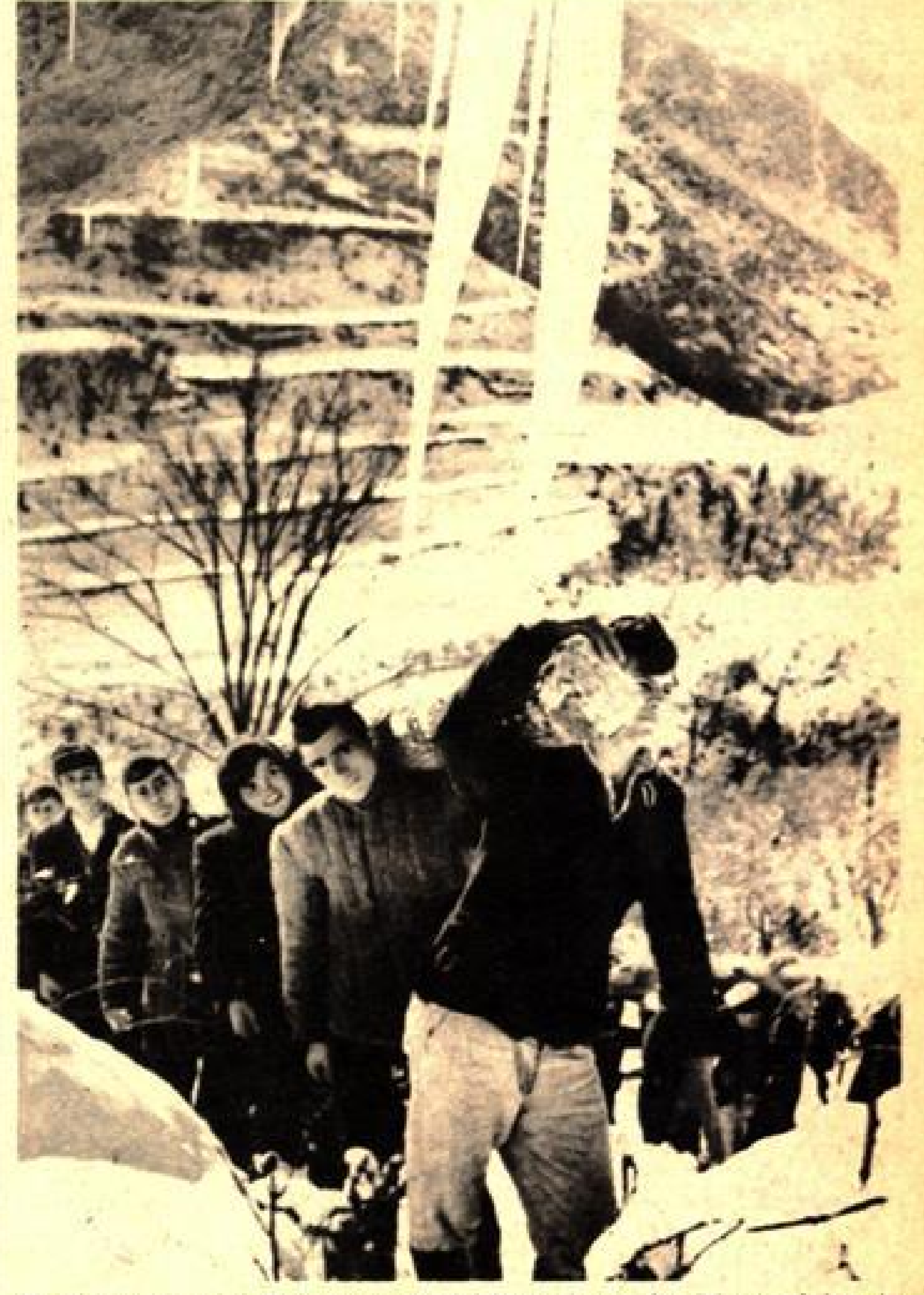
Vor der Befreiung gab es nur ein einziges kleines Kraftwerk im Süden des Landes und Generatoren, die notdürftig die Städte mit Strom versorgten. Der größte Teil Albaniens jedoch lag buchstäblich im Dunkeln. In den Häusern und Hütten der Bauern flackerte nur der Kienspan, die größte Errungenschaft damals war die Petroleumlampe. Mit einer beispiellosen Anstrengung wurde nach der Errichtung der Volksmacht damit begonnen, das Licht in die Bauernhäuser zu bringen.

Die Grundlage dafür war die Errichtung einer Kette von Wasserkraftwerken, mit denen die natürlichen Energiereserven ausgenutzt wurden. Daneben wurden auch Wärmekraftwerke auf der Basis von Erdöl und Kohle gebaut; Rohstoffe, an denen Albanien sehr reich ist. Und dann begann die Verlegung der Leitungen; in den Ebenen und unter unendlichen Schwierigkeiten in den Bergen. Im Oktober 1970 wurde das letzte Dorf an das Netz angeschlossen. Damit ist Albanien eines der wenigen Länder, in denen auch das abgelegenste Dorf, der einsamste Berghof elektrifiziert ist. Wohlgemerkt, das kleine Albanien, in dem noch vor vier Jahrzehnten der Kienspan vorherrschte. In der Deutschen Bundesrepublik jedenfalls ist eine vollständige Elektrifizierung bis heute nicht erreicht.

Ein Geschenk der Partei

Einige Wochen, bevor ich nach Fierza kam, hatte ich das Dorf

Fortsetzung auf Seite 10



Auch die albanische Jugend beteiligte sich an der großen Massenaktion, in der die Dörfer des Landes elektrifiziert wurden.

Fortsetzung von Seite 9

Cakran in Mittelalbanien besucht. Gemeinsam mit einigen Genossenschaftsbauern war ich auf dem Weg zu einem etwas abgelegenen Haus. Es dunkelte schon; die breite Ebene, die vor uns lag und die Berge, von denen sie umschlossen wurde, verschwanden langsam in der Dämmerung. Aber an den Berghängen flammte ein Licht nach dem anderen auf, bis sich eine ganze leuchtende Perlenschnur an ihnen entlangzog. Die Bauern blieben stehen. Einer von ihnen zeigte zu den weitentfernten Höfen hinüber und sagte:

„Das ist ein großes Geschenk der Partei. Vor zehn Jahren noch haben wir hier unseren Strom mit dem Generator erzeugt. Und es gab abends nur im Dorf Licht, und das auch nur für zwei Stunden. Dann sind hier alle Häuser in der Genossenschaft an das Stromnetz angeschlossen worden. Uns hat das keinen Lek gekostet. Alle Ausgaben für die Verlegung der Leitungen hat der Staat getragen."

Und die anderen Bauern erzählten mir, wie sehr sich seit damals ihr Leben geändert hat. Die vollständige Stromversorgung war eine wichtige Voraussetzung, um die Mechanisierung der Landwirtschaft weiter voranzutreiben und die Erträge zu erhöhen. Und in die Häuser der Bauern zogen Radio und Fernsehen, elektrische Hausgeräte ein.

Heute ist in Albanien nicht nur die eigene Energieversorgung vollständig gesichert, es wird auch Elektroenergie in die Nachbarländer Jugoslawien und Griechenland exportiert. Aber dennoch wird weitergebaut an Staudämmen und Kraftwerken, um auch künftig den Anforderungen der stürmisch wachsenden sozialistischen Wirtschaft gerecht zu werden. Am Drin zum Beispiel wird jetzt schon bei Koman ein weiteres großes Kraftwerk projektiert. Andere werden folgen, und in absehbarer Zeit wird der größte Fluß Albaniens, dessen reißende Wasser einst so gefürchtet waren, verschwunden sein und sich in eine Kette von künstlichen Stauseen aufgelöst haben.

Große Projekte gibt es auch für die anderen Regionen Albaniens. Die Bauern in Cakran berichteten mir, daß in den Bergen, die oberhalb der großen Küstenebene, der Myzeqe, liegen, ebenfalls der Lauf der Flüsse gebändigt und durch Staudämme reguliert wird. Nicht nur, um ihr Energiereservoir zu erschließen. Mit den dadurch entstehenden Stauseen würde auch das jetzt schon ausgebaute Bewässerungssystem weiter verbessert werden und in der Ebene im breiten Umfang die künstliche Beregnung eingeführt werden können. Und das wäre dann ein weiteres Geschenk der Partei.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW

5. Kongreß der Demokratischen Front erfolgreich beendet



Vom 4. bis zum 6. Juni tagte in der albanischen Hafenstadt Vlora der 5. Kongreß der Demokratischen Front, der breitesten Massenorganisation des albanischen Volkes, in der faktisch alle Werktätigen des Landes zusammengeschlossen sind.

Wie alle anderen Organisationen des albanischen Volkes, einschließlich der Partei der Arbeit, so ist auch die Demokratische Front im Kampf entstanden. Ihre unmittelbare Vorläuferin war die Nationale Befreiungsfront, die während des Kampfes gegen die faschistischen Besatzer im September 1942 in Peza gegründet wurde. Eine Besonderheit in der Entwicklung des Klassenkampfes in Albanien ist die Tatsache, daß in dieser Front nicht mehrere Parteien oder politische Organisationen zusammengeschlossen waren. Es gab innerhalb der Front nur eine einzige Partei, die KP Albaniens (heute PAA). Sie war die einzige politisch organisierte Kraft des Landes, die wirklich für die Befreiung kämpfte, und sie hatte auch die Initiative zur Bildung der Front ergriffen.

Die patriotischen Kräfte Albaniens sahen im Programm der KPA die Erfüllung ihrer nationalen Forderungen und schlossen sich um die Partei in der Front zusammen. So konnte die Nationale Befreiungsfront eine Organisation des ganzen kämpfenden Volkes und die Grundlage für den allgemeinen bewaffneten Aufstand und die Bildung einer nationalen Befreiungsarmee werden. Die KPA als Führerin der Front trennte in diesen Jahren niemals den Kampf für die Befreiung des Landes vom Kampf für die Ergreifung der Macht durch die Volksmassen. So wurden im Krieg gegen die faschistischen Besatzer nationale Befreiungsräte geschaffen, die schon Funktionen als demokratische und revolutionäre Organe des Volkes ausübten.

Die enge und schließlich unbesiegbare Einheit des Volkes um die Front und die Partei gründete auf dem Kampf für die gemeinsamen Ideale: für die Befreiung der Heimat von den faschistischen Okkupanten; für die vollständige nationale Unabhängigkeit; für die grundlegende Demokratisierung des Landes.

Nach der Befreiung Albaniens konnte die Partei aus den großen Erfahrungen der Nationalen Befreiungsfront schöpfen und die Demokratische Front als Organisation der breitesten Massen unter den neuen Bedingungen des sozialistischen Aufbaus schaffen. Die DF ist seitdem ein wichtiger Hebel, eine Waffe in den Händen der Partei gewesen, mit der sie die politische Einheit der breiten Volksmassen schmieden konnte. Diese Einheit beruht auf den gemeinsamen Idealen und Interessen der Volksmassen, auf ihrem tiefen Vertrauen in die richtige Linie der Partei, auf ihrer breiten und lebendigen Teilnahme an den revolutionären Aktionen zur Entwicklung der Wirtschaft und Kultur, zur sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft und zur Verteidigung des Vaterlandes.

Dabei ist die DF die Tribüne, auf der die werktätigen Massen ihre Meinungen zum Ausdruck bringen und ihre Aktivitäten entfalten. Besonders deutlich ist das während der großen Debatte um den Entwurf für eine neue Verfassung geworden, wo sich — von der Demokratischen Front mobilisiert — 1,5 Millionen Menschen, nahezu die gesamte erwachsene Bevölkerung, an den vielfältigen Veranstaltungen zur Diskussion des Entwurfs beteiligten. 300 000 Werktätige meldeten sich während dieser Debatte zu Wort, unzählige wertvolle Vorschläge und Meinungen wurden so zum Ausdruck gebracht.

Die Demokratische Front spielt ihre Rolle als Tribüne für die Meinungen und Aktivitäten der Massen aber auch im alltäglichen Leben. Alle Fragen und Probleme, die im Leben der Werktätigen auftauchen, von der Erziehung der Kinder bis zu Fragen des Warenangebots in den Läden werden in den Versammlungen der Front auf Dorf- oder Stadtteilebene behandelt. Dabei gilt, wie auch in den anderen Bereichen der sozialistischen Gesellschaft Albaniens, daß die jeweils verantwortlichen Genossen vor den Massen Rechenschaft ablegen müssen. So leistet die Front einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der sozialistischen Demokratie.

Der Kongreß in Vlora

Am 4. Juni empfingen die Bewohner Vloras die Delegierten zum Kongreß mit herzlichem Applaus. Innerhalb des Kongreßgebäudes herrschte eine enthusiastische Atmosphäre, die ihren höchsten Ausdruck bei der Begrüßung des Genossen Enver Hoxha, des Führers der Partei der Arbeit, fand. Genosse Enver, der auch Vorsitzender des Generalrats der Demokratischen Front ist, hielt die Begrüßungsansprache.

Nach ihm ergriff der Genosse Ramiz Alia, stellvertretender Vorsitzender des Generalrats, das Wort, um den Bericht des Generalrats vorzutragen. Er stellte die stählerne Einheit heraus, die die Front mit der Partei verbindet, und er betonte, daß das albanische Volk mit Zuversicht in die Zukunft blicken kann. Denn es ist das Volk, das die Macht in den Händen hält und sein Schicksal selbst gestaltet.

Ramiz Alia ging auch auf den Verrat der chinesischen Revisionisten ein. Die Ereignisse der letzten Zeit hätten wieder einmal gezeigt, daß niemand das sozialistische Albanien auf die Knie zwingen könne. Für jeden, der sich der Hoffnung hingibt, Volk und Partei von ihrem Weg abbringen zu können, sollte das eine Warnung sein. Eine der wesentlichen Aufgaben der Demokratischen Front, sagte Genosse Ramiz Alia, sei die weitere Entwicklung der Produktion. Er wies auf die tiefen Unterschiede hin, die das blühende sozialistische Albanien von den krisengeschüttelten Ländern der kapitalistischen Welt trennen. In diesem Zusammenhang führte er an, daß im vergangenen Jahr die Industrieproduktion in Albanien um 4,6 mal höher war als im Jahr 1960.

Er sagte weiter, daß die wichtigste politische Aufgabe der Front die Festigung und Verteidigung der Einheit des Volkes sei. Diese Einheit stärkt sich und wächst im Verlauf des ernsten Klassenkampfes gegen innere und äußere Feinde, die niemals ihre konterrevolutionären Absichten gegen das sozialistische Albanien aufgeben werden.

Genosse Ramiz Alia sprach auch über die Rolle der Demokratischen Front bei der weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie, über die internationale Lage und andere Probleme. Nach seinem Bericht sprachen andere Delegierte aus den verschiedensten Gegenden des Landes über ihre Arbeit, über aufgetretene Probleme und über die künftigen Perspektiven der Front.



Genosse Enver Hoxha, Vorsitzender des Generalrats der Demokratischen Front, beim Verlesen seiner Begrüßungsansprache an die Delegierten.

Ein neuer Generalrat wurde gewählt und als dessen Vorsitzender wieder der Genosse Enver Hoxha. Zu seinen Stellvertretern wurden die Genossen Myslim Peza, Ramiz Alia, Pilo Peristeri und Gjela Biba gewählt. Sekretär des Generalrats ist der Genosse Xhorxhi Robo.

Enver Hoxha bewertete in seinem Schlußwort den 5. Kongreß der Demokratischen Front als eine Bekundung der stählernen Einheit des Volkes um die Partei, als Ausdruck des festen Willens der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Volksintelligenz, die Sache des Sozialismus in Albanien weiter voranzubringen.

Er ging auf den nächsten Fünfjahrplan ein, der gegenwärtig erarbeitet wird und betonte, daß dieser Plan sein umfangreicher sein würde als alle Pläne zuvor, und daß er dem albanischen Volk neue großartige Perspektiven eröffnet. „Der neue Fünfjahrplan wird der erste Plan sein, der vollständig auf unseren eigenen Ressourcen beruht, der ausschließlich durch unsere eigenen Kräfte verwirklicht wird, ohne jeden Kredit oder Wirtschaftshilfe von außen." Dadurch, sagte Genosse Enver, würde das albanische Volk aller Welt zeigen, wie ein Land mit den eigenen Kräften entwickelt werden kann, wenn es sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt und an seiner Spitze eine Partei steht, die der Sache des Sozialismus, den Interessen des Heimatlandes und des Volkes treu ergeben ist. So ist die Realität des sozialistischen Albaniens ein lebendiger Beweis für die Lebenskraft des Marxismus-Leninismus, für die unerschöpfliche Stärke und die unleugbare Überlegenheit des wahren Sozialismus über das System des Kapitalismus und Revisionismus.

Genosse Enver Hoxha ging in seiner Schlußrede auch auf die internationale Lage ein. Er führte Tatsachen dafür an, daß die kapitalistische Welt immer tiefer in die Krise versinkt, sich ihre inneren und äußeren Widersprüche zuspitzen, daß sich gleichzeitig auch die Völker immer machtvoller zum Kampf erheben.

„Die Welt lebt heute in einer Epoche des Niedergangs des Kapitalismus, in einer Zeit, wo die Streiks und Demonstrationen des Weltproletariats und die nationalen Befreiungskämpfe der Völker aufbranden, wo Schahs, Könige und Tyrannen gestürzt werden und der Imperialismus seinem Fall entgegengeht. Das ist ein objektives Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Revolution ist eine Frage der Zeit, und die Zeit arbeitet für den Sozialismus und nicht für den Imperialismus. In der heutigen Epoche können weder revisionistische Demagogie noch bürgerliche politische Formeln, weder die Peitsche noch die Polizeikugel den siegreichen Vormarsch der Revolution aufhalten."

Abschließend gab Genosse Enver der Meinung des ganzen Kongresses Ausdruck, als er erklärte, dieser Kongreß habe die Delegierten angespornt, noch entschiedener für das sozialistische Albanien zu kämpfen.

Nach der Iran-Reise der Abgeordneten

Wahrheitsgetreue Berichterstattung unterdrückt

Als einen „politischen Skandal ersten Ranges" hat der Vorsitzende der Jungen Union, Wissmann, Berichte von drei Bundestagsabgeordneten über die wirklichen Verhältnisse im Iran bezeichnet. Der „Skandal" liegt darin, daß in den Berichten das Bemühen um eine wahrheitsgetreue und damit von der offiziellen Sprachregelung abweichende Darstellung zum Ausdruck kommt.

Eine Woche lang hielten sich die drei Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik, Norbert Gansel, Klaus Thüsing auf Einladung des stellvertretenden iranischen Innenministers im Iran auf.

Nach ihrer Rückkehr erklärten sie, daß das Bild, das in den Medien vom Iran gezeichnet würde, die Realität nur einseitig wiedergeben würde. Die iranische Revolution werde hierzulande auf eine bloße Folge von Todesurteilen zurechtgestutzt.

Die Abgeordneten, die prinzipielle Gegner der Todesstrafe sind, warfen der bundesrepublikanischen Presse vor, jahrelang zu den Schahverbrechen geschwiegen zu haben und nun die Bestrafung der Mörder zum Anlaß einer großen Kampagne gegen die Revolution zu machen. Seit 1953 wurden im Iran 300000 namentlich bekannte Personen von der Polizei und dem Geheimdienst Savak gefoltert und ermordet. Allein in den letzten Monaten der Revolution starben bei Massakern 60000 bis 80000 Menschen. Der Ruf des Volkes – so die Abgeordneten – nach Rache sei nur verständlich. Bei den von den Revolutionstribunalen Verurteilten handelte es sich fast ausschließlich um Massenmörder.

Als Beispiel für die Politik westdeutscher Firmen im Iran nannten sie einen Liefervertrag der KWU über ein Kernkraftwerk. Dieses Atomkraftwerk, das in der Nähe von Bushier am Persischen Golf errichtet werden soll, weist erhebliche Planungsmängel auf: Obwohl es in einem Erdbebengebiet gebaut wird, wurde niemals ein geologisches Gutachten erstellt; die Entsorgungsfrage wurde überhaupt nicht gelöst; schließlich lag der Preis dreimal so hoch wie der übliche Weltmarktpreis – über zehn Milliarden Mark. Thüsing bezeichnete das Projekt als „typisches Beispiel für imperialistische Ausbeutung".

Drittens schließlich erlangten die Abgeordneten Informationen über die Zusammenarbeit zwischen dem Schahgeheimdienst, Savak, der eine Mörder- und Folterorganisation war, und dem bundesdeutschen Verfassungsschutz. Auf Anfrage sagte Thüsing wörtlich: „Der Verfassungsschutz [hat] so getan ..., als sei der Savak eine Art Unterabteilung. So eng war die Zusammenarbeit. Zum Beispiel: Da reichte ein Anruf des Savak an den Verfassungsschutz, man möge doch eine Demonstration persischer Studenten fotographieren und die Teilnehmer feststellen, und schon war das gelaufen."

Daß die genannten Äußerungen den berufsmäßigen Hetzern aller Bonner Fraktionen – eingeschlossen die Parteifreunde der drei Abgeordneten – schlecht in den Ohren klingen, versteht sich von selbst. Besonders die SPD versetzten die Berichte der Iranreisenden in fieberhafte Hektik. Verschiedene SPD-Sprecher, Fraktionsvorstand und geschäftsführender Fraktionsvorstand traten mehrfach mit Erklärungen an die Öffentlichkeit, in denen sie die Verlautbarungen der drei Abgeordneten scharf mißbilligten. Schließlich wurden die Abgeordneten vom Vorstand der Partei aufgefordert, keine weiteren öffentlichen Erklärungen zu ihrer Iranreise abzugeben.

Die Reaktion der führenden Bonner Politiker zeigt, wie wenig kritische, von der offiziellen Sprachregelung abweichende, sich auf wahrheitsgetreue Darstellungen stützende Ansichten hierzulande überhaupt noch geduldet werden. Auf alles, was nicht in das eingeengte und verfälschte reaktionäre Nachrichtenschema paßt, stürzt sich unverzüglich die Meute der Gleichschalter, um es zu unterdrücken und auszulöschen.

Rassenzulage bei VW

Schwere Vorwürfe gegen den VW-Konzern und darüber hinaus überhaupt gegen bundesdeutsche Unternehmen wurden auf einer vom Internationalen Metallgewerkschaftsbund (IMB) abgehaltenen Konferenz erhoben, die in der vergangenen Woche in Wolfsburg stattfand.

Brasilianische Delegierte erklärten: „Mannesmann und VW versuchen, Tarifkonflikte mit Mitteln einer Militärdiktatur zu lösen". Delegierte aus Südafrika prangerten an, daß VW zu jenen ausländischen Firmen gehört, die am schärfsten die rassistische Unterdrückung und Diskriminierung der schwarzen Arbeiter praktizieren und verteidigen. Dabei verstoßen die VW-Bosse ständig gegen den „Antirassismus-Kodex" der EG für westeuropäische Unternehmen in Südafrika.

Die Delegierten führten entsprechende Beispiele ins Feld, um ihre Aussagen zu untermauern:

- Während eines acht Tage währenden Streiks Ende Mai bei Mannesmann in Belo Horizonte (Brasilien) wurde auf dem Firmengelände Militärpolizei gegen die Arbeiter eingesetzt. Nach dem Ende des Streiks wurden drei Wortführer der Arbeiter entlassen.
- Bei VW do Brasil (mit 41000 Beschäftigten größtes ausländisches Unternehmen in Brasilien) im Werk San Bernando wurde bei einem Streik im April Militärpolizei eingesetzt. Bei dem brutalen Einsatz gegen die Streikenden wurden zahlreiche Kollegen verletzt. Zahlreiche Streikende wurden verhaftet.
- Die deutschen Firmen gehören in Brasilien zu denjenigen, die die grundlegendsten gewerkschaftlichen Rechte unterdrücken. Bislang ist der Aufbau gewerkschaftlicher Vertrauenskörper in den Unternehmen deutscher Konzerne mit rigorosen Mitteln unterbunden worden.
- Bei VW in Südafrika kümmern sich die Bosse nicht um die im EG-Kodex gegebene Vorschrift, daß farbigen Arbeitern bei gleicher Arbeit gleicher Lohn zu bezahlen ist. Die Weißen erhalten eine Rassenzulage. Abgesehen davon aber wird den Schwarzen gar nicht die Möglichkeit für gleiche Arbeit gegeben. 75 Prozent der Beschäftigten bei VW in Südafrika sind Schwarze oder Farbige. Aber von 200 Vorarbeitern ist nur ein einziger ein Farbiger. Die Meister sind ausnahmslos Weiße. (Im Unterschied dazu kommt zum Beispiel bei Ford-Südafrika wenigstens auf 50 Arbeiter ein schwarzer Meister).
- Bei VW gibt es getrennte Kantinen für Weiße und Farbige (bei Ford gibt es immerhin gemeinsame Kantinen.)
- Viele Schwarze erhalten bei VW nur 91 Cents (umgerechnet 2,03 Mark) die Stunde. Sie kommen damit nur auf 151 Rand im Monat, was weit unter dem offiziellen Existenzminimum liegt. 60 Prozent der Arbeiter bei VW in Südafrika verdienen weniger als die vom EG-Kodex vorgeschriebenen mindestens 227 Rand.
- In den letzten zehn Jahren wurden bei VW in Südafrika insgesamt 200 weiße, 44 farbige und 10 schwarze Lehrlinge ausgebildet. Und das in einem Werk, in dem 6000 Menschen arbeiten, davon 4200 in der Produktion.

Die Volkswagenwerke, ein Konzern in staatlichem Besitz, gehören also zu den schlimmsten Verfechtern des Rassismus und der völligen Rechtlosigkeit der Arbeiter in den besagten Ländern. Was hat eigentlich Eugen Loderer als Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von VW bisher dagegen unternommen?

Loderer hat zwar vor kurzem in einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff das Verhalten der deutschen Konzerne in Südafrika angegriffen. Aber gerade das Volkswagenwerk wird in Loderers Brief positiv gegenüber anderen Firmen herausgestellt.

Grußadresse an den 3. Parteitag der Portugiesischen Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut)

Liebe Genossen!

Zum III. Parteitag der PKP(W) entbietet Euch das ZK der KPD/ML und unsere gesamte Partei die herzlichsten brüderlichen Kampfesgrüße. Wir wünschen Eurem Parteitag aus ganzem Herzen viel Erfolg. Wir sind überzeugt, daß dieser Parteitag die auf dem II. Parteitag Euerer Partei ausgearbeitete korrekte Strategie und Taktik der PKP(W), ihre revolutionäre Linie bestätigen und weiterentwickeln wird, daß er dazu beitragen wird, die Reihen der Partei fester zu schließen und sie immer enger mit den Massen zu verbinden.

Er wird dazu beitragen, den Kampf gegen den modernen Revisionismus zu vertiefen, sei es gegen den sowjetischen, dessen Gefahr sich nicht im mindesten verringert hat und gegenüber dem keinerlei Schwanken zulässig ist, sei es gegen den chinesischen Revisionismus und die ihm zugrundeliegenden Mao-Tse-tung-Ideen. Mit seinen Beschlüssen im Geist der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin wird er dazu beitragen, daß die die PKP(W) als Vorhutpartei der portugiesischen Arbeiterklasse immer mehr als wirkliche Führerin im Kampf zur Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen erweist, im Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch das Kapital und den Imperialismus, für den Sieg der Revolution und des Sozialismus.

Die Lage in Portugal ist günstig für den revolutionären Kampf. Das bürgerliche Regime ist nach wie vor von Instabilität gekennzeichnet. Gerade mußte die Regierung Pinto wieder abtreten. Die Krise vertieft sich in jeder Hinsicht. In dieser Situation ist es die große Aufgabe Euerer Partei, dem Volk den einzigen Ausweg, den Weg der Revolution zu weisen. Euere Partei bekräftigt, daß dies nur geschehen kann, indem ein klarer Trennungsstrich zum modernen Revisionismus jeder Schattierung gezogen wird.

In den über drei Jahren ihrer Existenz hat die PKP(W) große Erfolge errungen. Sie hat Ansehen und Einfluß unter der portugiesischen Arbeiterklasse und dem portugiesischen Volk erlangt und ist zu einer festen Abteilung der internationalen kommunistischen Bewegung geworden. Unsere Partei ist voll solidarisch mit der PKP(W), insbesondere erklärt sie auch ihre volle Unterstützung für Euren entschlossenen Kampf gegen die feigen Fraktionisten, die die Erfolge Eurer Partei zunichtemachen und sie von ihrem revolutionären Weg abbringen wollten. Gegen sie kann es nur bolschewistische Härte geben.

Die KPD/ML und die PKP(W) sind Bruderparteien. Sie führen einen gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, gegen das Weltherrschaftsstreben des Imperialismus, vor allem des USA-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus, gegen den modernen Revisionismus aller Schattierungen und die Weltreaktion. Sie sind beseelt von unseren gemeinsamen Idealen des Sozialismus und Kommunismus. Mögen sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien weiter festigen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

Es lebe die Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut)!
Es lebe der III. Parteitag der PKP(W)!
Es lebe der Marxismus-Leninismus!

ZK der KPD/ML

Notiert:

Britannien
Breiter Angriff auf die Werktätigen

In der vergangenen Woche hat die neue britische Regierung dem Parlament ihren Haushaltsentwurf vorgelegt. Dieser Entwurf ist ein einziger Angriff auf die Lebenslage der Werktätigen, vor allem auf die ärmsten Schichten. Der Entwurf sieht eine kräftige Senkung der Einkommenssteuer für die Besserverdienenden vor. So wird zum Beispiel der Höchstsatz von 83 auf 60 Prozent verringert.

Auf der anderen Seite soll die Mehrwertsteuer von jetzt 8 auf 15 Prozent angehoben werden. Das wird Preissteigerungen in Rekordhöhe zur Folge haben. Selbst Regierungsmitglieder gaben zu verstehen, daß sie mit Preissteigerungen von 17,5 Prozent rechnen.

Weiter sieht der Haushaltsentwurf vor, mehrere staatseigene Unternehmen zu verkaufen; ein Vorhaben, das nicht ohne Massenentlassungen für die betroffenen Belegschaften über die Bühne gehen wird. Außerdem sollen die Staatsausgaben drastisch eingeschränkt werden, zum Beispiel durch die Streichung von 150000 Planstellen im öffentlichen Dienst oder durch die Kürzung der Mittel für den Wohnungsbau.

Die Ankündigungen der Londoner Regierung sind auf breiten Protest gestoßen. Gewerkschafter erklärten, daß sich durch dieses Programm die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahresende von jetzt 1,3 Millionen auf 2 Millionen erhöhen würde. In der bürgerlichen Presse Britanniens wird jetzt schon die Vermutung geäußert, daß die kommenden Lohnkämpfe der Arbeiter noch wesentlich härter sein werden als im vergangenen Winter.

Britannien
Demonstrant von der Polizei erschlagen

Bei einer Demonstration in London gegen die faschistische Nationale Front war im April der Lehrer Blair Beach von einem Polizeikommando überfallen und niedergeschlagen worden. Wenig später starb er in einem Krankenhaus. Jetzt veröffentlichte der Gerichtsmediziner Professor Mant das Ergebnis der Untersuchung, die er im Auftrag der Familie des Getöteten angestellt hatte. Danach ergibt sich zweifelsfrei, daß Beach seinerzeit nicht mit „normalen" Polizeiwaffen, wie etwa einem Gummiknüppel niedergeschlagen wurde. Mant erklärte, der Lehrer sei durch einen einzigen harten Hieb auf die linke Kopfseite getötet worden. „Das benutzte Instrument muß sehr schwer gewesen sein und gleichzeitig geschmeidig und ohne scharfe Kanten." Alles spräche dafür, daß es sich um einen bleigefüllten Gummischlauch gehandelt habe.

Die Polizeiführung, die mit solchen Mordwaffen ausgerüstet ist, ist die Special Patrol Group, eine Art Mobiles Einsatzkommando, das vor allem zur Niederschlagung von Streiks und Demonstrationen eingesetzt wird. Die britische Polizeiführung hat bislang jede Stellungnahme zu dem Gutachten von Mant verweigert.

Türkei
Faschistischer Terror geht weiter

Drei neue Todesopfer hat der Terror faschistischer Banden am vergangenen Montag in der Türkei gefordert. Die Mörder warfen eine Bombe in eine Gruppe von Menschen, die sich im Park eines sogenannten Volkshauses in einem Vorort von Istanbul aufhielt. Ein Arbeiter und ein Student waren auf der Stelle tot, ein weiteres Opfer starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Der Hauptdrahtzieher des faschistischen Bandenterrors ist der Chef der berüchtigten „Grauen Wölfe", Türkes, ein Freund des CSU-Vorsitzenden Strauß, der sich in der letzten Zeit mehrfach ungehindert in der Deutschen Bundesrepublik aufhalten konnte.

Spanien
Polizei stürmt Gemeinderatssitzung

In der baskischen Stadt Renteria kam es erneut zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei des Madrider Regimes. Die bewaffneten Einheiten hatten eine Kundgebung vor dem Rathaus der Stadt überfallen und dann das Rathaus selbst gestürmt. Dort griffen sie mit Tränengas und Hartgummigeschossen den Gemeinderat an, der zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengekommen war. Sechs Menschen wurden verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Als Antwort auf diese Provokation der Polizei sind die Werktätigen von Renteria in einen 24stündigen Generalstreik getreten.

Palästina
Streik gegen die Besatzer

In Nablus, der größten Stadt des von den israelischen Zionisten besetzten Westjordanlands ist die Bevölkerung in den Streik getreten. Die Aktion richtet sich gegen eine Siedlung, mit deren Bau die Besatzer in der Nähe von Nablus begonnen haben. Mit solchen Siedlungen wollen die Zionisten ihren Anspruch auf das Westjordanland unterstreichen und ihr Besatzerregime festigen.

Simbabwe
NATO-Waffenhandel mit den rhodesischen Rassisten

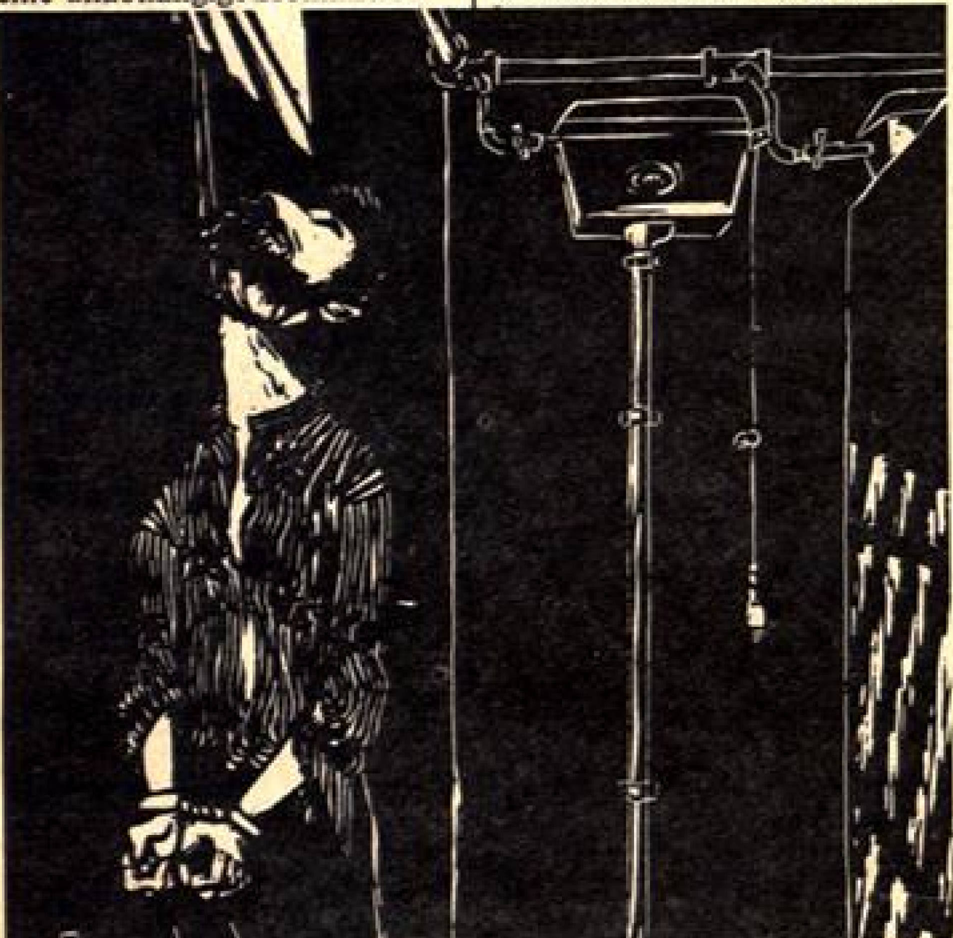
Trotz des von der UNO beschlossenen Boykotts wird das rhodesische Rassistenregime weiter von NATO-Ländern mit Waffen beliefert. Britische Journalisten haben jetzt solche Waffengeschäfte aufgedeckt. Es handelt sich dabei um 17 italienische Flugzeuge vom Typ Marchetti 260, die von den Rassisten gegen die Bevölkerung und die Patrioten Simbabwes eingesetzt werden. Die Maschinen waren nach Belgien geflogen und dort zerlegt worden. Mit gefälschten Frachtpapieren wurden sie als Zivilflugzeuge für die Mauritius-Inseln deklariert und über Südafrika nach Simbabwe gebracht. In einem anderen Fall handelte es sich um amerikanische Kampfhubschrauber, die mit der Hilfe der israelischen Zionisten und einem westdeutschen Frachter ebenfalls mit gefälschten Papieren an die Rassisten geliefert wurden.

Angola
Überfall der südafrikanischen Rassisten

Die Luftwaffe des rassistischen Regimes von Südafrika hat erneut Angriffe gegen Angola geflogen. Die Stadt Humbe im Süden des Landes wurde durch den Bombenangriff schwer beschädigt. Drei Menschen fanden den Tod, eine große Anzahl wurde verletzt.

„...daß Ulrike Meinhof schon tot war, als man sie aufhängte“

Am 9. Mai 1976 verlor in der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim Ulrike Meinhof unter mysteriösen Umständen ihr Leben. Die offizielle Version war: Selbstmord. Die Beteuerungen und Beschwichtigungen der staatlichen Stellen aber konnten die sofort entstehenden erheblichen Zweifel nicht ausräumen. Die kritische Öffentlichkeit forderte die Untersuchung dieses Todes durch eine unabhängige Kommision.



Holzschnitt von Carl Meffert. „Erich Mühsam zum Gedächtnis“. 1934. Der Schriftsteller Erich Mühsam wurde von den Nazis zu Tode gefoltert. Monatelang quälten sie ihn beinahe täglich, prügelten ihn taub, brachen ihm beide Daumen, rissen ihm die Haare büschelweise heraus. Aber sie konnten ihn nicht brechen. Nachts schließlich ermordeten sie ihn und hingen seine Leiche in der Toilette auf. Ihre Zeitungen schrieben: „Selbstmord“.

Der Kommission, die im Spätsommer gegründet wurde, gehörten zehn Mitglieder aus Frankreich, Dänemark, Nordirland, Griechenland und der Bundesrepublik an. Die Ergebnisse ihrer Arbeit faßte die Kommission in einem Bericht zusammen, der nun vorliegt. Eine Fülle von Indizien widerlegt die Selbstmordtheorie. Die gravierendsten der Widersprüche sind:

• Die Schlaufe, mit der sich Frau Meinhof erhängt haben soll, hatte einen Umfang von etwa 80 Zentimetern. Ein Erhängen in einer solchen Schlaufe ist nach dem Kommissionsmitglied und westdeutschen Neuropsychiater Dr. Meyer nur möglich, wenn der Tod dabei durch Genickbruch eintritt. Das war bei Ulrike Meinhof nicht der Fall. Bei einer derart großen Schlinge würde der Kopf bei Eintreten der Bewußtlosigkeit aus der Schlinge rutschen, bzw. hätte die Schlinge die Leiche der Frau Meinhof nicht stundenlang in der Hängelage halten können. Im Zusammenhang mit der Schlinge stieß die Kommission noch auf einen weiteren Widerspruch: Während der Bericht der rechtsmedizinischen Leichenschau zwei Stunden vor der Obduktion noch einen Schlingenumfang von 80 Zentimetern feststellte, legte man den Gutachtern eine Schlaufe von nur 51 Zentimeter Umfang vor.

• Dr. Jarosch, Professor an der Universität Linz, kommt in einem Gutachten zu dem Schluß, daß es sich bei dem Tod Ulrike Meinhofs um einen Erstickungstod „sicher nicht“ handelte, da die typischen Symptome dafür fehlten.

• Als man Ulrike Meinhof fand, ruhte ihr linker Fuß auf einem Stuhl; an den Beinen hatte sie Verletzungen. Diese, hieß es offiziell, hätte sie sich bei „Reflexbewegungen“ zugezogen. Die Kommission stellte nun fest, daß bei derartigen „Reflexbewegungen“ der Stuhl umgefallen wäre. Der stellvertretende Leiter der Strafanstalt Stammheim, Schreitmüller, sagte sogar aus, keinen Stuhl gesehen zu haben.

• Bei der Zellendurchsuchung wurde in der Schreibtischlampe eine Glühbirne gefunden, obwohl die Glühbirne nach Aussagen der verantwortlichen Wärterin von ihr am Vorabend in Verwahrung genommen worden war. Auf der Glühbirne befanden sich unkenntlich gemachte Fingerabdrücke.

In ihrem Bericht kommt die Kommission zu dem Ergebnis:

„Die Behauptung der staatlichen Behörden, Ulrike Meinhof habe sich durch Erhängen selbst getötet, ist nicht bewiesen, und die Ergebnisse der Untersuchungen der Kommission legen den Schluß nahe, daß sich Ulrike Meinhof nicht selber erhängen konnte. Die Ergebnisse der Untersuchungen legen vielmehr den Schluß nahe, daß Ulrike Meinhof schon tot war, als man sie aufhängte, und daß es beunruhigende Indizien gibt, die auf das Eingreifen eines Dritten im Zusammenhang mit diesem Tode hinweisen.“

Der Bericht stellt weiter die Frage, wer in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1976 in Frau Meinhofs Zelle gewesen sein konnte. — Zum Sondertrakt im siebten Stock der Haftanstalt, wo Ulrike Meinhof inhaftiert war, gibt es einen separaten Zugang, der direkt neben der damaligen Zelle von Ulrike Meinhof im Umschlußraum endet. Dieser Zugang wurde übrigens erst im November 1977 von baden-württembergischenLandtagsabgeordneten „entdeckt“. Einen weiteren Hinweis gibt die 1977 aufgeflogene Stammheimer Abhöraffäre: unbemerkt wurden Gespräche zwischen Gefangenen und Verteidigern abgehört. An diesen Aktionen war auch der Bundesnachrichtendienst BND beteiligt, der also Zugang zu den Zellen hatte.

Die mysteriösen Vorfälle in den hiesigen Gefängnissen — darunter der Tod Ulrike Meinhofs — gehören zu den finstersten Kapiteln jüngster westdeutscher Vergangenheit. Sie passen stimmig in die reaktionäre politische Landschaft dieses Staats, sie passen zur Aufrüstung der Polizei, den Todesschußgesetzen, den Polizeieinsätzen gegen Demonstranten, den Polizeischüssen auf ahnungslose Bürger, der zunehmenden Bespitzelung, der Ausschaltung von Verteidigern in politischen Prozessen.

Was ist mit den angeblichen „Selbstmorden“ von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Ingrid Schubert? Was würde da eine wirklich unabhängige Kommission noch zutage fördern!

Bericht der internationalen Untersuchungskommission. iva-Verlag Bernd Polke [Tübingen 1979]. 9.80

NATO-Soldat beschießt Spaziergänger

Mit einer schweren Schußverletzung endete für eine Spaziergängerin ein Ausflug in den Wald bei Büren in Westfalen. Sie war vor das Visier eines NATO-Soldaten geraten.

Die Frau hatte in Begleitung ihres Mannes ein Gelände betreten, das als „militärischer Flugbereich“ ausgeschildert war. Der Mann berichtete: „Wir hatten uns bei dem Schild nichts weiter gedacht, da wir bei unseren zahlreichen Spaziergängen solche Hinweise schon oft gesehen haben. Außerdem stand nichts da, daß der Weg gesperrt sei.“

Als das Ehepaar aus einer Waldlichtung heraustrat, sah es einen Zaun, der vom Waldweg durch eine etwa 50 Meter breite Wiese getrennt war. „Plötzlich tauchte auf einem Wachturm ein Posten mit dem Gewehr im Anschlag auf“, berichtete der Mann weiter. „Er brüllte etwas in einer fremden Sprache, fuchtelte mit dem Gewehr herum und deutete an, wir sollten verschwinden.“ — Das Ehepaar bekam Angst und lief den Waldweg zurück. — „Dann fielen die Schüsse, gleich fünf, sechs auf einmal. Wir liefen immer noch. Plötzlich schrie meine Frau: ‚Ich bin getroffen‘. Ich drehte mich um, und da lag sie. Es fehlte ein Stück aus der Jeans und Blut lief ihr am Bein herunter. Ich preßte meine Faust auf die Wunde und rief laut um Hilfe.“

Nach etwa zehn Minuten kamen, Gewehre im Anschlag, mehrere NATO-Soldaten aus dem Gehölz. Die Frau, die stark blutete, wurde in das Krankenhaus Büren geschafft, wo sie operiert werden mußte. Die Kugel hatte eine handtellergroße Wunde ins Fleisch gerissen; die Verletzung wird nie mehr ganz ausheilen.

Die Armeen der NATO, die auf westdeutschem Boden stationiert sind, sind nicht nur im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung eine Gefahr für Leben, Gesundheit und die Existenz der Menschen; sie stellten auch in Friedenszeiten — wie das Bürener Beispiel zeigt — eine ständige Bedrohung der Bevölkerung dar.

Bundesrepublik — raus aus der NATO!

Ausländische Truppen — raus aus ganz Deutschland!

Dalai Lama in Moskau

Zu einem Beitrag zur Festigung und zum Aufbau des Sozialismus in Polen hat die revisionistische Führung in Warschau die aufsehenerregende Pilgerreise des Papstes erklärt. Was muß das für ein „Sozialismus“ sein, der zur Stärkung der Hilfe des mittelalterlich-reaktionären Vatikans bedarf?

Eine etwas bescheidenere Kräftigungsspritze hat nun die Kreml-Führung ihrem Sozialismus zugeführt. Am letzten Dienstag ist der Dalai Lama, das heimatlose Haupt der einstigen Gesellschaft der Leibeigenen und Sklavenhalter Tibets, in Moskau eingetroffen. Anschließend fuhr er nach Ulan-Bator weiter, wo er am Wochenende an einer buddhistischen Konferenz teilnahm.

Den chinesischen Revisionisten, die ebenfalls immer gieriger nach dem Narkotikum der Religion greifen und Jesuiten und andere Missionare ins Land ziehen, blieb ein derart hoher Besuch bisher versagt. Der Dalai Lama hat alle Einladungen aus Peking beharrlich abgelehnt.

Chinesische Arbeiter „Im Tausend billiger“

Die Regierung der Volksrepublik China macht durchreisenden japanischen Geschäftsleuten ein sensationelles Angebot: Chinesische Arbeiterkolonnen sollen auf ausländischen Baustellen verdingt werden, um für ein Zehntel des japanischen Arbeitern gezahlten Lohnes zu schuften. Und als besonderer Anreiz für die japanischen Kapitalisten gilt: Im Tausend bekommen sie die Arbeiter noch billiger. Ihren Schacher mit der Arbeitskraft der chinesischen Arbeiter suchen die Pekinger Machthaber mit der fadenscheinigen Erklärung zu rechtfertigen: So werde die Ausbildung der Arbeiter gefördert. Was gefördert wird, ist unter anderem auch die Spaltung der internationalen Arbeiterklasse. Denn durch die Billigstkonkurrenz chinesischer Arbeiter wird der Kampf der japanischen Arbeiter um höhere Löhne und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen gewaltig erschwert.



Samstag, 23. 6., 21.15 Uhr, Südwest III
Der gesetzgebende Bauch. Film über den französischen Karikaturisten Honoré Daumier.

\+ + +

Sonntag, 24. 6., 19.30 Uhr, ZDF
Schauplätze der Weltliteratur: Mark Twains Mississippi. Der Mississippi, Nordamerikas längster Strom, inspirierte Mark Twain (1835-1910) zu eindrucksvollen Erzählungen.

\+ + +

Sonntag, 24. 6., 21. 15 Uhr, ZDF
Charlie Chaplin: Der große Diktator (USA 1939). Der antifaschistische Spielfilm, in dem sich Chaplin auf seine Weise mit der Hitler-Diktatur auseinandersetzt, stellt einen Höhepunkt im Schaffen des großen Schauspielers dar.

\+ + +

Montag, 25. 6., 19.30 Uhr, Hessen III
Analyse von Filmen: „Der Untertan“. Der Spielfilm „Der Untertan“, der 1951 nach dem gleichnamigen Roman von Heinrich Mann gedreht wurde, stellt eine ätzende Satire auf den ebenso erbärmlichen wie gemeingefährlichen Typ des untertanenseligen deutschen Bourgeois im wilhelminischen Deutschland dar.

\+ + +

Dienstag, 26. 6., 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I
Zwischen den Strömen. Vietnamesischer Spielfilm aus dem Jahr 1977.

\+ + +

Mittwoch, 27. 6., 21.45 Uhr, WDR/Nord II (Gemeinschaftsprogramm) sowie 22.15 Uhr, Hessen III
Mostero Buffo. Italienisches Volkstheater — Legenden, Episoden und Szenen. Ein Soloprogramm von und mit **Dario Fo**. Dario Fo, der italienische Autor, Schauspieler und Sänger, ist auch in Westdeutschland bekannt für seine gesellschaftskritischen und bissigen Stücke. In Mostero Buffo nimmt Dario Fo die Tradition mittelalterlicher Sänger wieder auf, die ihre Stücke allein aufführten und darin bis zu 15 verschiedene Rollen spielten.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 550623, geöffnet: Mo 15.00-18.30, Di - Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel. 0461 / 29601.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 771200, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17.00-19.00 Uhr, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann“-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 16507, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 854124, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 2607554, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo, Di, Do u. Fr 11.00-18.00, Mi 15.00-18.00 u. Sa 10.00-13.00 Uhr.